

Die SPD in der organischen Krise

Zwischen Juniorpartnerschaft und neuem hegemonialen Projekt

Einleitung

Der Niedergang der SPD verweist auf Veränderungen des deutschen Kapitalismus, der sozialen Klassenstruktur und der politischen Repräsentation. Der Essay untersucht diese Entwicklung mit Gramscis Begriffen der organischen Krise, des historischen Blocks und der Hegemonie. Dabei wird zwischen empirischen Befunden – etwa zu Wahlergebnissen, Parteibindungen, Tarifbindung, Investitionen und wirtschaftlicher Entwicklung – und ihrer gramscianischen Interpretation unterschieden. Die Diagnose einer organischen Krise und eines erodierenden historischen Blocks ist keine unmittelbar messbare Tatsache, sondern der theoretische Zusammenhang, in dem diese Befunde hier gedeutet werden. Im Zentrum steht die Frage, unter welchen materiellen, organisatorischen und kulturellen Bedingungen die Sozialdemokratie erneut gesellschaftliche Führungsfähigkeit gewinnen könnte.

1. Drei Phasen des historischen Blocks und die veränderte Stellung der SPD

Ausgangspunkt der Analyse ist nicht die Krise der SPD für sich genommen, sondern die Entwicklung des historischen Blocks, in dem die Sozialdemokratie in unterschiedlichen Rollen eingebunden war. Historisch-empirisch lassen sich für die Bundesrepublik drei Phasen unterscheiden: ein fordistisch-sozialstaatlicher Block, ein neoliberal-exportorientierter Block und die gegenwärtige Hegemoniekrise dieses neoliberal-exportorientierten Blocks. Diese Periodisierung bezeichnet keine vollständig voneinander abgeschlossenen Ordnungen. Sie dient dazu, Veränderungen von Akkumulationsmodell, Institutionen, sozialen Kräfteverhältnissen und legitimierenden Deutungen sowie die jeweils unterschiedliche Stellung der SPD analytisch sichtbar zu machen ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; [10], S. 370 ff.; [11], S. 36–63).

Erste Phase: fordistisch-sozialstaatlicher Block. Der westdeutsche Nachkriegskompromiss verband kapitalistische Eigentumsordnung und industrielle Massenproduktion mit parlamentarischer Demokratie, Tarifautonomie, Sozialstaat, steigenden Reallöhnen und sozialem Aufstieg. Getragen wurde dieser Block – bei konflikthaften und wechselnden Kräfteverhältnissen – von Industrieunternehmen und ihren Verbänden, CDU/CSU und SPD, Gewerkschaften und organisierter Arbeitnehmerschaft sowie einem ausgebauten Sozial- und Interventionsstaat. Die SPD war darin nicht bloß Juniorpartnerin. Sie organisierte Interessen großer Teile der

Lohnabhängigen, vermittelte sie in staatliche Politik und trug insbesondere seit den 1960er und 1970er Jahren zur sozialstaatlichen und demokratischen Erweiterung des Nachkriegsmodells bei. Ihre Stärke beruhte auf der Verbindung von Klassenrepräsentation, gesellschaftlicher Organisation und staatlicher Regierungsfähigkeit.

Zweite Phase: neoliberal-exportorientierter Block. Seit den 1970er Jahren geriet der fordistisch-sozialstaatliche Kompromiss unter Anpassungsdruck. Globalisierung, Finanzialisierung, Deregulierung, europäische Integration und seit den 1990er und 2000er Jahren die stärkere Orientierung auf exportgetriebene Wettbewerbsfähigkeit verschoben die Gewichte innerhalb des historischen Blocks. Industrielle Spezialisierung, moderate Lohnentwicklung, internationale Absatzmärkte und eine stärker angebots- und wettbewerbsorientierte Politik wurden zu zentralen Elementen des deutschen Akkumulationsmodells, während Institutionen des Sozialstaats, der Tarifautonomie und Mitbestimmung fortbestanden, aber teilweise geschwächt oder neu ausgerichtet wurden. Die SPD wechselte in dieser Phase von einer stärker gestaltenden Trägerin des sozialstaatlichen Kompromisses zu einer Mitträgerin des neoliberal-exportorientierten Umbaus. Besonders Agenda 2010 und Hartz-Reformen markieren ihre aktive Beteiligung an einer Problemdefinition, die Arbeitskosten, Flexibilisierung und Standortkonkurrenz als zentrale Voraussetzungen von Wohlstand behandelte. Damit gewann sie zeitweise staatliche Reform- und Regierungsfähigkeit, schwächte jedoch zugleich Teile ihrer traditionellen gesellschaftlichen Verankerung ([16], S. 175–190, bes. S. 182 ff., sowie S. 223–232; [17], insb. Kap. 5 und 6; [18], S. 14–18; [19], S. 28–52, 71–92, 113–138 und 184–194).

Dritte Phase: Hegemoniekrise des neoliberal-exportorientierten Blocks. Gegenwärtig verlieren mehrere materielle und politische Voraussetzungen dieses Modells gleichzeitig an Stabilität. China ist vom Absatzmarkt zum industriellen und technologischen Konkurrenten geworden; höhere Energie- und Transformationskosten, geopolitische Fragmentierung und öffentliche Investitionsdefizite belasten das Akkumulationsmodell. Zugleich erodieren Tarifbindung, sozialdemokratische Milieus und dauerhafte Parteibindungen. Empirisch beobachtbar sind diese einzelnen Entwicklungen; ihre Verbindung zu einer Hegemonie- und Repräsentationskrise des historischen Blocks ist der gramscianische Interpretationsvorschlag dieses Essays. Diese dritte Phase bezeichnet daher weder einen bereits konstituierten neuen historischen Block noch die unveränderte Fortexistenz des alten, sondern ein Interregnum, in dem dessen Institutionen, Interessenlagen und Machtpositionen fortwirken, während seine

materielle Grundlage und hegemoniale Integrationsfähigkeit erodieren. Die SPD befindet sich darin in einer widersprüchlichen Rolle: Sie verfügt weiterhin über erhebliche staatliche und parlamentarische Ressourcen und ist häufig an Regierungen beteiligt, kann aber die Entwicklungsrichtung immer weniger bestimmen. Ihre Stellung lässt sich deshalb zunehmend als subalterne Mitträgerschaft beziehungsweise Juniorpartnerschaft charakterisieren. Die strategische Frage lautet, ob sie den erodierenden Zusammenhang lediglich mitverwaltet oder am Aufbau eines neuen hegemonialen Projekts mitwirkt.

Die spw formuliert diese strategische Frage 2025 selbst als Problem einer Neuformierung progressiver gesellschaftlicher Kräfte; ein 2026 fortgeschriebener Arbeitsstand betont dabei Klassenfraktionen, Milieus, Gewerkschaften und soziale Bewegungen statt bloßer Addition von Wahlanteilen. Damit erhält die Repräsentationskrise unmittelbar eine bündnis- und hegemoniepolitische Dimension ([26], Onlinebeitrag, o. S.; [28], Arbeitsstand vom 03.03.2026, o. S.).

Die Wahl Niederlage 2025 verweist damit auf mehr als eine kurzfristige Kampagnenschwäche. Die FES-Wahlanalyse zeigt besonders drastisch den Verlust sozialdemokratischer Bindung in klassischen Arbeitnehmermilieus: Unter Arbeiterinnen und Arbeiter erreichte die AfD in der dort ausgewerteten Exit-Poll-Erhebung 38 Prozent, die SPD nur noch 12 Prozent; gegenüber 2021 verlor die SPD in dieser Gruppe 14 Prozentpunkte ([24], S. 9, Abb. 8). Die KAS-Wahlanalyse weist auf Basis der von ihr verwendeten Infratest-dimap-Wahltagsbefragung für Arbeiter 36 Prozent AfD und ebenfalls 12 Prozent SPD aus; die abweichenden Werte beruhen auf unterschiedlichen Auswertungen ([52], S. 27). Die spw verbindet den Befund mit der Frage, ob veränderte Klassen-, Milieu- und Generationenkonflikte das historische Bündnis von Arbeiterbewegung und progressiven Intellektuellen zusätzlich erodieren ([26], Onlinebeitrag, o. S.). Für die hier vertretene These folgt daraus zunächst ein Repräsentationsproblem: Die SPD verliert die Fähigkeit, unterschiedliche Fraktionen der Lohnabhängigen politisch und organisatorisch zu verbinden. Ob der AfD-Erfolg unter Arbeitern diese Partei zu einer „Arbeiterpartei“ macht, wird in Kapitel 8 gesondert geprüft.

Die Krise ist zugleich politisch mitproduziert. Stöss betont die Entsozialdemokratisierung der SPD, Süß den längerfristigen Wandel von Arbeitswelt, Milieus und sozialdemokratischer Gesellschaft; beide Ebenen gehören zusammen ([16], S. 175–190, bes. S. 182 ff., sowie S. 223–232; [17], insb. Kap. 5 und 6; [18], S. 14–18; [19], S. 28–52, 71–92, 113–138 und 184–194). Die Leitfrage lautet deshalb: Kann die SPD an der

Verbindung gesellschaftlicher Kräfte zu einem neuen historischen Block mitwirken und darin erneut gesellschaftliche Führungsfähigkeit erwerben, obwohl dessen Programm wesentliche Interessen des alten Blocks herausfordert?

Die neuere SPD-Forschung bestätigt diese Verbindung von strukturellem Wandel und politischer Eigenverantwortung, verschiebt aber die Gewichte. Mielke und Ruhose beschreiben die SPD als Partei, die trotz des Wahlsiegs 2021 ihre strukturellen Probleme nicht überwunden hatte und sich zunehmend zu einer funktionalen Regierungspartei entwickelte; besonders einschlägig sind ihre Analyse der heutigen Parteiform und Führung (S. 115–134) sowie ihre Überlegungen zu Grundsatzprogramm, Parteireform und Kampagnenfähigkeit (S. 203–220). Dostal fasst das Paradox noch schärfer: Zwischen 1998 und 2024 war die SPD 23 von 27 Jahren an der Bundesregierung beteiligt, während ihr Zweitstimmenanteil von 40,9 Prozent 1998 auf 16,4 Prozent 2025 fiel. Seine Diagnose einer institutionell regierungsnahen, gesellschaftlich jedoch „ausgehöhlten“ Sozialdemokratie stützt die hier vertretene These einer geschwächten, zunehmend subalternen Mitträgerschaft im historischen Block, ohne dass Dostal selbst gramscianisch argumentiert ([23], S. 115–134, 203–228; [20], S. 270).

Der seit 2025 laufende Prozess für ein neues SPD-Grundsatzprogramm gewinnt vor diesem Hintergrund strategische Bedeutung: Er müsste die strukturelle Krise der sozialdemokratischen Repräsentations- und Integrationsfunktion bearbeiten, statt lediglich Einzelpositionen zu aktualisieren. Die neuere Strategiedebatte, insbesondere Mikfelds hegemoniepolitischer Ansatz, wird deshalb in Kapitel 13 gesondert geprüft ([42], S. 18–21).

Die strukturelle Dimension lässt sich als Krise eines Akkumulationsmodus fassen, dessen Erfolg auf industrieller Spezialisierung, Exportorientierung, qualifizierter Arbeit, moderater Lohnentwicklung und günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen beruhte. Offene Absatzmärkte, vergleichsweise günstige Energie, europäische Arbeitsteilung und starke chinesische Nachfrage stützten dieses Modell; zugleich gingen Exportüberschüsse mit schwacher Binnennachfrage und erheblichen öffentlichen Investitionsdefiziten einher. Mit Chinas Aufstieg zum technologischen Konkurrenten, höheren Energie- und Transformationskosten und geopolitischer Fragmentierung geraten mehrere Voraussetzungen gleichzeitig unter Druck ([1], S. 2–7 und 23–27; [11], S. 36–63).

Die politische Bedeutung dieser Diagnose liegt darin, dass unterschiedliche Krisenerklärungen unterschiedliche Verteilungsfolgen nahelegen. Wird die Krise als Kostenkrise der Arbeit interpretiert, erscheinen längere Arbeitszeiten, geringere Sozialbeiträge und Lohnzurückhaltung als folgerichtig. Wird sie dagegen als Investitions-, Produktivitäts- und Transformationskrise verstanden, rücken öffentliche Infrastruktur, technologische Modernisierung, Qualifikation, Energiepolitik und

Investitionssteuerung ins Zentrum. Die Rede vom ökonomischen Sachzwang verdeckt damit häufig eine politische Auswahl zwischen verschiedenen Anpassungswegen. Eine kritische sozialdemokratische Strategie müsste diese Auswahl offenlegen, statt die dominierende Problemdefinition bereits vor Beginn des politischen Konflikts zu übernehmen.

2. Historischer Block, Hegemonie und Stellungskrieg

Ein historischer Block ist keine Parteienkoalition, sondern die Verbindung ökonomischer Strukturen, gesellschaftlicher Kräfte, Institutionen und Deutungen, durch die eine Ordnung materiell reproduziert und politisch legitimiert wird. Hegemonie bedeutet entsprechend mehr als Zustimmung oder Wahlerfolg: Eine Kraft wird hegemonial, wenn sie ihre besonderen Interessen mit denen anderer Gruppen zu einer verallgemeinerbaren Vorstellung gesellschaftlicher Entwicklung verbindet ([8], Bd. 5, H. 8, § 182, S. 1045). Aus der gemeinsamen Abhängigkeit vom Verkauf der Arbeitskraft folgt deshalb noch keine gemeinsame politische Identität. Sie muss organisiert und politisch artikuliert werden.

Hegemonie braucht materielle Zugeständnisse. Die Stabilität des westdeutschen Nachkriegsmodells beruhte auch auf realen Einkommenssteigerungen, Beschäftigungssicherheit, sozialstaatlicher Absicherung und Aufstiegserfahrungen. Ein neues Projekt müsste wiederum erfahrbar machen, dass kollektives Handeln individuelle und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten erweitert. Hier verbindet sich Gramscis Hegemoniebegriff mit Holzkamps Unterscheidung zwischen restriktiver und verallgemeinerter Handlungsfähigkeit ([10], S. 370 ff.). Der widersprüchliche Alltagsverstand enthält Solidarität und Konkurrenz, Leistungsgerechtigkeit und Ungleichheitskritik, Sozialstaatsorientierung und Abgrenzung zugleich. Politik entscheidet mit darüber, wie diese Elemente verbunden werden ([8], Bd. 4, H. 6, § 88, S. 783; Bd. 8, H. 12, § 1, S. 1502).

Eine 2026 in der spw formulierte Diagnose erweitert diesen Gedanken: Nicht nur die SPD als Organisation, sondern Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung insgesamt seien durch gesellschaftliche Individualisierung und die Vorstellung herausgefordert, jede und jeder müsse vor allem für sich selbst sorgen. Das lässt sich mit Holzkamps Begriff der verallgemeinerten Handlungsfähigkeit verbinden. Die sozialdemokratische Antwort kann nicht in einer moralischen Beschwörung von Solidarität bestehen; sie muss Institutionen schaffen, in denen Menschen erfahren, dass gemeinsames Handeln ihre Gestaltungsmacht über Arbeit, Wohnen, soziale Sicherung und öffentliche Infrastruktur tatsächlich erweitert. Erst dann wird aus einem normativen

Solidaritätsappell eine gesellschaftlich erfahrbare Praxis ([29], „Sozialdemokratie jetzt“; vgl. [10], S. 370 ff.).

Ein neuer Block müsste daher zugleich Organisationsprojekt sein. Gewerkschaften, Betriebsräte, Parteien, Verbände, Kommunen und soziale Bewegungen vermitteln individuelle Erfahrungen in kollektive Interessen. Seine inneren Widersprüche – etwa zwischen industrieller Beschäftigung und Klimaschutz, niedrigen Wohnkosten und Sanierungsinvestitionen oder hohen Löhnen und Kosten kleiner Unternehmen – können nicht weggemunkelt werden. Sie benötigen materielle Kompromisse, öffentliche Ressourcen und demokratische Konfliktbearbeitung. Gramscis Stellungskrieg bezeichnet diesen langfristigen Aufbau gesellschaftlicher Positionen. Die SPD kann dabei Führung nicht beanspruchen; sie müsste sie durch Programmatik, materielle Erfolge, Organisationsfähigkeit und Vermittlung neu erwerben. Die WSI-Arbeitskampfbilanz 2025 zeigt zugleich, dass gewerkschaftliche Gegenmacht keineswegs verschwunden ist, aber erhebliche Ressourcen bereits für die Sicherung ihrer institutionellen Grundlagen benötigt: In mehr als jedem vierten Arbeitskampf ging es um die erstmalige Herstellung von Tarifbindung. Die Krise intermediärer Organisationen ist daher als umkämpfter Prozess und nicht als abgeschlossene Erosion zu begreifen ([41], S. 1).

Für die SPD ist diese theoretische Bestimmung besonders folgenreich. Ihre historische Stärke beruhte nicht nur auf Wahlerfolgen, sondern auf einer spezifischen Vermittlungsleistung: Sie verband die Interessen organisierter Lohnabhängiger mit einem Entwicklungsmodell, das auch für andere gesellschaftliche Gruppen akzeptabel war. Der sozialstaatliche und tarifpolitische Kompromiss begrenzte kapitalistische Verfügungsmacht, ohne sie grundsätzlich aufzuheben. Gerade deshalb konnte die SPD gleichzeitig Klassenpartei, Volkspartei und Staatspartei sein. Die heutige Krise besteht darin, dass diese drei Funktionen auseinanderfallen. Institutionelle Präsenz bleibt bestehen, während gesellschaftliche Organisationsmacht und die Fähigkeit zur Formulierung eines verallgemeinerbaren Entwicklungsmodells schwächer geworden sind ([16], S. 175–190 und 223–232; [19], S. 28–52, 71–92, 113–138 und 184–194).

Gramscis Unterscheidung von Herrschaft und Führung hilft, diese Verschiebung zu präzisieren. Eine Partei kann an staatlicher Herrschaft beteiligt sein, ohne gesellschaftlich zu führen. Umgekehrt können gesellschaftliche Kräfte Deutungen und Interessen prägen, obwohl sie nicht unmittelbar regieren. Die SPD besitzt heute weiterhin staatliche und parlamentarische Ressourcen, doch ihre Fähigkeit, die Richtung des historischen Blocks zu bestimmen, ist deutlich geringer als in früheren Perioden. „Subaltern“ sollte deshalb nicht als vollständige Machtlosigkeit verstanden werden,

sondern als nachgeordnete Stellung innerhalb eines Blocks, dessen grundlegende Entwicklungsrichtung zunehmend von anderen Kräften bestimmt wird ([8], Bd. 4, H. 6, § 88, S. 783; Bd. 8, H. 12, § 1, S. 1502).

Der Stellungskrieg bezeichnet in diesem Zusammenhang keine bloße Kommunikationsstrategie. Er zielt auf eine schrittweise Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Eine Tarifreform, ein kommunales Wohnungsunternehmen oder ein Transformationsrat besitzt deshalb eine doppelte Bedeutung: Die Maßnahme kann unmittelbar Lebensbedingungen verbessern und zugleich neue kollektive Handlungsmöglichkeiten schaffen. Gerade diese Verbindung unterscheidet eine hegemoniale Reformstrategie von einer Politik, die soziale Schäden lediglich nachträglich kompensiert. Reformen wären danach zu beurteilen, ob sie gesellschaftliche Abhängigkeit vermindern und organisierte Gegenmacht vergrößern ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; [10], S. 370 ff.). Mikfelds frühere Arbeiten zu Transformation, Hegemonie und Diskurs sowie die strategieorientierte Diskursanalyse mit Turowski ergänzen diesen Gedanken: Deutungsmuster können Wandel blockieren oder neue Bündnisse ermöglichen, werden aber erst durch ihre Verbindung mit Interessen, Organisationen und institutionellen Ressourcen politisch wirksam ([34]; [35], S. 16–24).

3. Materielle Grundlage: ein alternatives Akkumulations- und Sozialmodell

Ein neuer historischer Block benötigt eine materielle Reproduktionsgrundlage. Die Alternative kann weder in der Rückkehr zum fordistischen Nachkriegsmodell noch in nationaler Abschottung oder erneuter Lohnzurückhaltung liegen. Das deutsche Modell aus starker Industrie, hoher Exportorientierung, qualifizierter Arbeit und moderater Lohnentwicklung verliert Voraussetzungen seiner früheren Stabilität. Daraus folgt aber nicht, dass Sozialabbau ökonomisch alternativlos wäre. Wettbewerbsfähigkeit kann über niedrige Arbeitskosten oder über Infrastruktur, Qualifikation, Forschung, technologische Innovation, Energieversorgung und gute Arbeitsorganisation hergestellt werden. Welche Strategie gewählt wird, entscheidet zugleich über Verteilung und Macht ([11], S. 36–47, 48–63 und 101–112; [1], S. 2–7 und 23–27).

Kern eines alternativen Modells wären erstens hohe öffentliche Investitionen in Verkehr, Energie, digitale Netze, Bildung, Forschung, Gesundheit, Pflege und Wohnen; zweitens eine Industriepolitik, die Förderung an Tarifbindung, Beschäftigungs- und Standortzusagen, Qualifizierung, ökologische Ziele und Mitbestimmung bindet; drittens eine Lohnpolitik, die Produktivitätsfortschritt in höhere Masseneinkommen und gegebenenfalls kürzere Arbeitszeit übersetzt; viertens ein Sozialstaat, der nicht als Kostenblock, sondern als produktive Infrastruktur gesellschaftlicher Reproduktion

verstanden wird. Wo der Staat dauerhaft Risiken übernimmt, sind öffentliche Beteiligungen und verbindliche Förderbedingungen zu prüfen ([1], S. 2–7 sowie zu öffentlicher Investitions- und Verteilungspolitik). Mikfelds 2024 entwickelte missionsorientierte Industriepolitik ist hier anschlussfähig, weil sie öffentliche Förderung mit gesellschaftlichen Zielen, Innovation, guter Arbeit und einer aktiven Nachfrageseite verbindet; aus der hier vertretenen Perspektive muss sie jedoch zusätzlich mit Mitbestimmung, verbindlichen Förderbedingungen und gegebenenfalls öffentlichen Beteiligungen verbunden werden ([32], S. 32–36).

Die Eigentumsfrage sollte dabei nicht abstrakt als Verstaatlichungsfrage gestellt werden. Entscheidend ist, welche Eigentums- und Verfügungsform langfristige Investitionen, demokratische Kontrolle, soziale Ziele und ökologische Transformation ermöglicht. Private, genossenschaftliche, kommunale und öffentliche Formen können unterschiedliche Funktionen erfüllen. Die Strategie bleibt auf erfolgreiche Akkumulation angewiesen und hebt kapitalistische Widersprüche nicht auf; gerade deshalb muss sie Alternativen zur ausschließlichen Abhängigkeit von privater Investition entwickeln.

Auch die europäische Dimension ist unverzichtbar. Deutschland allein besitzt gegenüber den USA und China nur begrenzte Möglichkeiten, technologische Standards, Kapitalmärkte, Rohstoffversorgung und industrielle Skaleneffekte zu gestalten. Ein alternatives deutsches Akkumulationsmodell müsste deshalb europäische Kooperation bei Energie, Netzen, Halbleitern, Batterien, Bahn, Forschung und industrieller Dekarbonisierung anstreben. Zugleich müsste es sich gegen einen europäischen Wettbewerb wenden, der Mitgliedstaaten über Löhne, Unternehmenssteuern und Sozialstandards gegeneinander ausspielt. Europäische Integration wäre dann nicht äußere Begrenzung sozialdemokratischer Politik, sondern selbst ein Feld des Stellungskriegs um die Regeln wirtschaftlicher Entwicklung ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; Bd. 7, H. 13, § 7, S. 1545).

Eine solche Industriepolitik müsste selektiv statt flächendeckend sein. Nicht jedes bestehende Geschäftsmodell kann dauerhaft öffentlich geschützt werden. Entscheidend wäre, welche Produktionen für ökologische Transformation, Versorgungssicherheit, technologische Kompetenz und hochwertige Beschäftigung strategisch relevant sind. Staatliche Unterstützung müsste deshalb mit überprüfbaren Zielen verbunden werden. Scheitern private Eigentümer dauerhaft an Investitionen oder ziehen sie sich trotz erheblicher öffentlicher Förderung zurück, müsste die Möglichkeit öffentlicher oder gemeinschaftlicher Übernahme real bestehen. Nur dann wäre die Drohung mit Standortverlagerung nicht automatisch das letzte Wort. Der Staat würde nicht zum allwissenden Unternehmer, aber er könnte die gesellschaftliche Abhängigkeit von privaten Investitionsentscheidungen verringern.

Auch die Finanzierung öffentlicher Investitionen ist Teil dieser Strategie. Investitionen in Netze, Bahn, Schulen, Forschung oder Wohnungsbau schaffen Vermögensbestände, die über viele Jahre genutzt werden. Eine Finanzierung ausschließlich aus laufenden Einnahmen kann daher ökonomisch unnötig restriktiv sein. Zugleich darf Kreditfinanzierung nicht zur Ausrede werden, Verteilungsfragen zu vermeiden. Dauerhafte soziale Leistungen benötigen dauerhafte Einnahmen. Eine progressive Besteuerung großer Vermögen, Erbschaften und Kapitaleinkommen sowie eine breitere Finanzierung der Sozialversicherung wären deshalb nicht bloß Finanzierungsinstrumente, sondern Bestandteile eines neuen Verteilungskompromisses ([1], S. 2–7 sowie zu öffentlicher Investitions- und Verteilungspolitik).

4. Gesellschaftliche Träger und mögliche Bündnisse

Die potenzielle soziale Basis eines neuen Blocks ist breit, aber nicht homogen. Schon die Kategorie der Lohnabhängigen umfasst sehr unterschiedliche Klassenlagen und Machtressourcen: organisierte industrielle Kernbelegschaften mit vergleichsweise hoher Tarif- und Organisationsmacht; Beschäftigte in sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen, deren Konflikte häufig um Arbeitsintensität, Personalbemessung, Zeit und öffentliche Finanzierung kreisen; prekär und gering organisierte Beschäftigte mit hoher materieller Verwundbarkeit; sowie qualifizierte technische und kaufmännische Angestellte mit höheren individuellen Arbeitsmarktressourcen, die gleichwohl von Unternehmens-, Investitions- und Standortentscheidungen abhängig bleiben. Hinzu kommen Rentner, Mieter und Teile kleiner Selbständiger. Gemeinsam ist vielen die begrenzte Gestaltungsmacht über zentrale Bedingungen von Arbeit und Leben; daraus entsteht jedoch keine automatische politische Einheit ([12], S. 85–98; [7], S. 35–64; [50], S. 213–242; [53], S. 123–154).

Besonders relevant ist die Lage industrieller Kernbelegschaften. Ihre vergleichsweise hohe Tarif- und Organisationsmacht schützt nicht vor Transformationsunsicherheit. Relativ gute Einkommen und tarifliche Sicherung können mit Status-, Anerkennungs- und Kontrollverlust zusammentreffen, wenn Beschäftigte über Produkte, Standorte und Transformationspfade kaum mitentscheiden. Dörres neuere Arbeiten unterstreichen deshalb die Bedeutung von Beschäftigungs- und Statussicherheit, Mitbestimmung und kollektiver Einflussnahme ([50], S. 213–242; [53], S. 123–154). Gerade diese Konstellation erklärt, warum soziale Lage nicht auf Einkommenshöhe reduziert werden kann.

Weitere Bündnisfelder sind Klima- und Umweltbewegung, Mieterinitiativen, Kommunen, Sozialverbände sowie Teile des Mittelstands. Migration ist eine besondere

Bewährungsprobe: Unter Bedingungen knappen Wohnraums und überlasteter Infrastruktur kann sie als zusätzliche Konkurrenz erfahren werden. Die Antwort muss reale Knappheiten bearbeiten, statt sie zu ethnisieren. Für Ostdeutschland stellt sich die Bündnisfrage in einer besonderen historischen und regionalen Konstellation, die im folgenden Absatz gesondert betrachtet wird.

Ostdeutschland bildet weder eine homogene soziale Lage noch einen einheitlichen politischen Raum. Der Deutschland-Monitor 2025 zeigt keine generell geringere Veränderungsbereitschaft im Osten; auffällig sind vielmehr strukturschwache ostdeutsche Regionen, in denen sich geringere Demokratiezufriedenheit und politisches Einflussgefühl mit Benachteiligungswahrnehmungen, Statusverlustängsten und dem Gefühl des Abgehängtseins verbinden ([55], S. 91–94; ergänzend Kap. 3.6–3.7 und 4.2). Zugleich wirkt die Transformationsgeschichte fort: Der Anteil der Ostdeutschen, die für Ostdeutschland eher Nachteile der Wiedervereinigung sehen, stieg im Deutschland-Monitor von 26 Prozent 2023 auf 37 Prozent 2025 ([55], S. 167).

Mau erklärt solche Unterschiede nicht durch eine einheitliche ostdeutsche Mentalität, sondern durch das Zusammenwirken von Transformationsgeschichte, spezifischen Sozialstrukturen und schwächerer Parteiverankerung ([36], S. 39–52 und 89–124). Für die Bündnisanalyse folgt daraus: Ostdeutschland weist keine spezifische Klasse auf; bestimmte Klassenlagen, regionale Transformationsrisiken und Erfahrungen begrenzter Gestaltungsmacht sind dort jedoch anders verteilt. Sozialdemokratische Politik müsste deshalb materielle Sicherheit und regionale Infrastruktur mit Anerkennung ostdeutscher Biografien und realen demokratischen Einflussmöglichkeiten verbinden.

Besonders schwierig ist die Verbindung von Industrie- und Klimapolitik. Eine bloße Verteidigung bestehender Produktion würde ökologische Notwendigkeiten verdrängen; eine Transformation, die Beschäftigte nur als Anpassungsobjekte behandelt, würde dagegen soziale Gegenwehr erzeugen. Ein hegemoniefähiger Kompromiss müsste deshalb nicht jeden Arbeitsplatz in seiner bisherigen Form garantieren, wohl aber die soziale Sicherheit der Beschäftigten. Einkommenssicherung, Weiterbildung, regionale Ersatzinvestitionen und Mitentscheidung über Transformationspfade könnten den Unterschied zwischen erzwungenem Strukturbruch und demokratisch gestalteter Transformation ausmachen. Für Gewerkschaften und Klimabewegung entstünde damit ein gemeinsames Interesse an öffentlicher Investitionsmacht.

Die Bündnisfrage stellt sich damit auch innerhalb der Lohnabhängigen selbst. Klassenpolitik kann ihre unterschiedlichen Machtressourcen, Sicherheiten und

Zukunftsrisiken nicht einebnen; sie muss gemeinsame Interessen politisch herstellen. Tarifrecht, Mindestlohn, soziale Sicherung und öffentliche Dienstleistungen sind besonders dort wichtig, wo betriebliche Organisationsmacht gering ist, während starke Industriegewerkschaften wegen ihrer strukturellen Macht unverzichtbar bleiben. Die neuere Debatte über Klassenformierung stützt diese relationale Sicht: Aus einer sozialstrukturellen Kategorie entsteht erst durch Konflikt, Organisation und politische Artikulation ein handlungsfähiges kollektives Subjekt ([7], S. 35–64; [53], S. 123–154).

Ein ähnlicher Vermittlungsbedarf besteht zwischen Generationen. Eine alternde Gesellschaft erhöht Ausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege, während jüngere Beschäftigte zugleich hohe Wohnkosten, unsichere Erwerbsverläufe und Transformationsrisiken tragen. Eine progressive Strategie darf diesen Konflikt nicht als Nullsummenspiel zwischen Alt und Jung organisieren. Produktivitätsentwicklung, höhere Erwerbsbeteiligung, gute Löhne und eine breitere Finanzierungsbasis sozialer Sicherung können einen neuen Generationenkompromiss ermöglichen. Entscheidend ist, dass soziale Sicherheit nicht gegen Zukunftsinvestitionen ausgespielt wird.

Auch kleine Selbständige und Teile des Mittelstands sind nicht eindeutig einem konservativen Block zuzurechnen. Sie können unter Bürokratie und Kostensteigerungen leiden, zugleich aber auf funktionierende Infrastruktur, qualifizierte Beschäftigte, stabile Nachfrage und Schutz vor der Marktmacht großer Plattformen und Konzerne angewiesen sein. Ein hegemoniales Projekt müsste deshalb zwischen produktiver unternehmerischer Tätigkeit und konzentrierter Verfügungsmacht unterscheiden. Es kann hohe Arbeits- und Umweltstandards vertreten und zugleich Investitionen, Digitalisierung und Energieeffizienz kleinerer Unternehmen unterstützen.

5. Die SPD im gesellschaftlichen Organisationsprozess: Ressourcen und Selbstveränderung

Die SPD verfügt trotz ihrer Schwäche über erhebliche institutionelle Ressourcen: Mitglieder, kommunale Präsenz, Regierungs- und Verwaltungserfahrung sowie Beziehungen zu Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden. Ihr Problem ist das Missverhältnis zwischen institutioneller Macht und gesellschaftlicher Führungsmacht. Ministerien und Fraktionen können Gesetze verändern, aber keinen historischen Block allein hervorbringen ([8], Bd. 4, H. 6, § 88, S. 783; [16], S. 175–190). Mikfeld formuliert 2026 denselben Engpass als Hegemonieproblem: Als technokratische Regierungspartei könne die SPD keine neue Meinungsführerschaft gewinnen; sie müsse wieder zivilgesellschaftliche Kraft mit einem intellektuellen, kulturellen und gesellschaftlichen ‚Vorfeld‘ werden ([42], S. 18–21).

Organisatorische Erneuerung wird damit zur Vermittlungs- und Machtfrage. Professionalisierte Kommunikation ersetzt keine Verankerung in Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen, Betrieben und Kommunen. Tarifbindung, Betriebsräte und gewerkschaftliche Organisationsmacht müssten gestärkt und Akteure aus Betrieben, Pflege, Mieterbewegungen, Kommunen, Wissenschaft und Technik in reale Konflikt- und Programmbildung einbezogen werden. Gesellschaftliche Führung wäre nicht das Ergebnis einer Kommunikationsstrategie, sondern erneuerter Organisations- und Vermittlungsfähigkeit ([25], S. 20–23; [23], S. 203–228; [16], S. 175–190; [42], S. 18–21).

Organisatorische Erneuerung verlangt deshalb Autonomie der Partei gegenüber ihrer eigenen Regierung. Mitglieder und Bündnispartner müssten auch Kritik an SPD-Ministerinnen und -Ministern organisieren können. Kommunen könnten dabei Laboratorien sein, weil Wohnen, Verkehr, Schulen, Kitas, Krankenhäuser und Energieversorgung unmittelbar erfahrbar sind. Die SPD müsste ihre eigene Mitverantwortung für den Vertrauensverlust anerkennen und Führungsfähigkeit neu erwerben. Realistischer als die Vorstellung einer wiederhergestellten alten Volkspartei ist die Rolle eines Knotenpunkts in einem pluralen gesellschaftlichen Block.

Die organisatorische Frage betrifft deshalb auch die innerparteiliche Machtverteilung. Wenn Regierungsapparate, Fraktionen und professionelle Kommunikationsstrukturen die Willensbildung dominieren, werden gesellschaftliche Konflikte leicht vor allem aus der Perspektive staatlicher Machbarkeit wahrgenommen. Betriebs- und Personalräte, Gewerkschafterinnen, kommunale Praktiker und gesellschaftliche Initiativen müssten daher stärker an programmatischen Entscheidungen beteiligt werden. Das würde die SPD nicht automatisch „linker“ machen, könnte aber ihre Problemwahrnehmung stärker auf die Veränderung gesellschaftlicher Voraussetzungen richten ([16], S. 175–190 und 223–232; [19], S. 28–52, 71–92, 113–138 und 184–194).

Dazu gehört eine andere politische Wissensproduktion. Erfahrungswissen aus Betrieben, Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern und Kommunen sollte nicht nur konsultiert, sondern systematisch in Programmbildung übersetzt werden. Gramscis Begriff der organischen Intellektuellen bezeichnet Akteure, die Erfahrungen gesellschaftlicher Gruppen in politische Sprache und Organisation überführen. Eine erneuerte SPD müsste solche Vermittlungsfunktionen fördern, statt Expertise vor allem mit professioneller Politikberatung gleichzusetzen ([8], kritische Gesamtausgabe; vgl. Bd. 4, S. 783 und 873 f.; Bd. 5, S. 1045; Bd. 7, S. 1577 f.).

Die kommunale Ebene besitzt dabei strategische Bedeutung. Dort werden abstrakte Fragen von Eigentum, öffentlicher Gestaltung und Kontrolle konkret: Wem gehören

Wohnungen, Energieversorgung, Verkehrsunternehmen oder Krankenhäuser? Welche Leistungen kann eine Kommune selbst bereitstellen? Kommunale Unternehmen, Genossenschaften und öffentliche Infrastruktur können zeigen, dass gesellschaftliche Gestaltung jenseits kurzfristiger Renditelogik praktisch möglich ist. Solche Erfahrungen ersetzen keine nationale Wirtschaftspolitik, können aber Glaubwürdigkeit und organisatorische Lernprozesse erzeugen.

Für Ostdeutschland folgt aus der in Kapitel 4 beschriebenen besonderen Transformations- und Repräsentationslage vor allem eine organisatorische Konsequenz: politische Verankerung lässt sich nicht kurzfristig durch Wahlkampagnen herstellen. Erforderlich wären dauerhafte lokale Präsenz, betriebliche Organisation, kommunale Projekte und regionale Entwicklung, die reale Gestaltungsmöglichkeiten sichtbar machen ([13], Abschnitte „Soziokulturelle Entwertungen“, „Bruchzonen“, „Klasse versus Kultur?“ und „Die politische Kapitalisierung der Deklassierung“).

6. Drei strategische Optionen: Regieren, Gegenhegemonie oder Doppelstrategie

Die SPD steht vor drei idealtypischen strategischen Optionen. Sie unterscheiden sich darin, welches Gewicht sie staatlicher Regierungsfähigkeit, gesellschaftlicher Gegenmacht und der Veränderung von Kräfteverhältnissen beimessen. Keine der drei Optionen ist von vornherein auszuschließen; jede besitzt spezifische Möglichkeiten und Grenzen.

Option 1 ist eine regierungsorientierte Reformstrategie. Die SPD nutzt Regierungsbeteiligung, um innerhalb gegebener Kräfteverhältnisse soziale Verbesserungen durchzusetzen und Verschlechterungen abzuwehren. Ihre Stärke liegt in unmittelbarer staatlicher Gestaltungsmöglichkeit. In Prosperitätsphasen können Wachstum, steigende Staatseinnahmen und geringerer Verteilungsdruck beträchtliche sozialpolitische Fortschritte ermöglichen, ohne Eigentums- und Machtverhältnisse grundlegend zu verändern. In Krisenphasen verengt sich dieser Spielraum dagegen erheblich: Verteilungskonflikte verschärfen sich, fiskalische Restriktionen nehmen zu und private Investitionsentscheidungen gewinnen politisches Gewicht. Soziale Erfolge bleiben möglich, sind aber schwerer durchzusetzen und stehen stärker unter dem Vorbehalt von Standort-, Konsolidierungs- und Profitabilitätsanforderungen. Die Grenze dieser Option liegt daher darin, dass sie bestehende Kräfteverhältnisse vor allem nutzt, statt sie systematisch zu verändern.

Option 2 ist eine oppositionelle Strategie des Aufbaus von Gegenhegemonie. Die SPD würde Regierungsbeteiligung zurückstellen, wenn diese nur um den Preis dauerhafter programmatischer Anpassung möglich ist, und ihre Eigenständigkeit durch gesellschaftliche Konflikte und Organisationsarbeit wiederherstellen. Gewerkschaften,

Betriebsräte, Kommunen und soziale Bewegungen erhielten dabei größeres strategisches Gewicht. Die Stärke dieser Option liegt in programmatischer Profilierung, Konfliktfähigkeit und der Möglichkeit, alternative Problemdeutungen gesellschaftlich zu verankern. Ihre Grenze besteht darin, dass Opposition allein noch keine Kräfteverhältnisse verändert und der Verzicht auf staatliche Handlungsmöglichkeiten gerade in Krisenzeiten reale soziale Kosten haben kann. Gegenhegemonie benötigt deshalb gesellschaftliche Organisation und darf nicht mit parlamentarischer Opposition gleichgesetzt werden ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; Bd. 7, H. 13, § 7, S. 1545).

Option 3 verbindet Regierungsbeteiligung und gesellschaftlichen Organisationsaufbau in einer Doppelstrategie. Die SPD nutzt staatliche Handlungsmöglichkeiten, ohne Partei und gesellschaftliche Organisationen auf den jeweils erreichbaren Koalitionskompromiss zu reduzieren. Regierungspolitik wäre nicht nur an unmittelbaren Verbesserungen zu messen, sondern auch daran, ob sie Tarifbindung, Mitbestimmung, öffentliche Investitionsfähigkeit und gesellschaftliche Organisationsmacht stärkt. Die Stärke dieser Option liegt in der möglichen Verbindung von Reformpolitik und Veränderung der Kräfteverhältnisse; ihre Schwierigkeit in der dauerhaften Spannung zwischen Regierungsverantwortung, Koalitionszwängen und gesellschaftlicher Konfliktfähigkeit.

Die wissenschaftliche Debatte nach der Bundestagswahl 2025 macht die Entscheidung zwischen diesen Optionen nicht einfacher. Dostal warnt, dass eine lange Serie von Regierungsbeteiligungen ohne erkennbare progressive Richtungsänderung die Stellung der SPD weiter untergraben könne; andere strategische Beiträge betonen dagegen, dass staatliche Gestaltungsmöglichkeiten nicht leichtfertig aufgegeben werden dürfen. Das Dilemma lässt sich daher nicht abstrakt durch „Regieren“ oder „Opposition“ lösen. Entscheidend ist, welche Option unter konkreten Kräfteverhältnissen soziale Verbesserungen ermöglicht und zugleich die Voraussetzungen künftiger Handlungsfähigkeit verbessert ([20], S. 270–280; [44], Onlinebeitrag, o. S.).

Für die Option 3 der Doppelstrategie ist eine institutionelle Unterscheidung von Regierungsfunktion und gesellschaftlicher Organisationsfunktion erforderlich. Fraktion und Ministerien müssen unter Koalitionsbedingungen entscheiden; Partei, Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen dürfen ihre weitergehenden Ziele deshalb nicht auf den Regierungskompromiss reduzieren. Eigenständige programmatische Arbeit, betriebliche und kommunale Verankerung sowie öffentliche

Konfliktfähigkeit sind keine Illoyalität gegenüber einer Regierung, sondern Voraussetzungen dafür, über die Logik des Mitregierens hinaus handlungsfähig zu bleiben.

Der Maßstab politischen Erfolgs verändert sich damit. Ein Regierungsprojekt wäre nicht allein danach zu beurteilen, wie viele sozialdemokratische Einzelvorhaben in einem Koalitionsvertrag stehen, sondern ob es die gesellschaftliche Ausgangslage für weitere Reformen verbessert. Umgekehrt kann ein kurzfristiger Regierungserfolg strategisch ambivalent sein, wenn er mit dem Verlust eigener Konfliktfähigkeit oder der Übernahme gegnerischer Problemdeutungen erkaufte wird. Die Unterscheidung zwischen Regierungserfolg und Hegemoniegewinn schützt sowohl vor einem romantischen Oppositionsverständnis als auch vor der Gleichsetzung von Ministerialmacht und gesellschaftlicher Führung.

Die Entscheidung über Regierungsbeteiligung müsste deshalb an strategische Mindestbedingungen gebunden werden. Dazu könnten die Sicherung zentraler sozialstaatlicher Standards, ausreichende öffentliche Investitionsfähigkeit, keine systematische Schwächung von Tarifbindung und Mitbestimmung sowie Spielräume für eigenständige gesellschaftliche Mobilisierung gehören. Unter diesen Bedingungen spricht die hier entwickelte Argumentation eher für Option 3 – nicht weil sie widerspruchsfrei wäre, sondern weil sie unmittelbare Reformen mit dem Aufbau gesellschaftlicher Gestaltungsmacht verbinden kann. Regieren bedeutet, unter gegebenen Kräfteverhältnissen Entscheidungen zu treffen; gesellschaftliche Strategie bedeutet, diese Kräfteverhältnisse zugleich veränderbar zu machen.

7. Reaktionen auf die drei strategischen Optionen: Kapitalmacht, Union und konservativ-nationale Reorganisation

Die drei in Kapitel 6 dargestellten Strategien würden nicht nur unterschiedliche Handlungsspielräume der SPD eröffnen, sondern auch unterschiedliche Reaktionen anderer bedeutender gesellschaftlicher und politischer Akteure hervorrufen. Unternehmen und Wirtschaftsverbände, CDU/CSU, Medien und AfD reagieren nicht auf ein unveränderliches sozialdemokratisches Angebot, sondern auf dessen Eingriffstiefe und Konfliktorientierung. Eine gramscianische Strategieanalyse muss deshalb relational fragen, wie sich konkurrierende Kräfte unter den drei Optionen reorganisieren und welche Deutungen sie als allgemeines gesellschaftliches Interesse durchzusetzen versuchen ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; Bd. 7, H. 13, § 17, S. 1561 ff.).

Szenario 1 – regierungsorientierte Reformstrategie. Da diese Option Eigentums- und Verfügungsverhältnisse nur begrenzt berührt, wären die Gegenreaktionen von Unternehmen, CDU/CSU und wirtschaftsnahen Medien zunächst vergleichsweise moderat. Konflikte würden sich vor allem auf Steuern, Regulierung, Kosten und Effizienz einzelner Maßnahmen konzentrieren. Unter Krisenbedingungen dürfte sich der Ton jedoch verschärfen: Unternehmensverbände könnten stärker Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbedingungen, CDU/CSU Konsolidierung und angebotsorientierte Reformen betonen. Für die SPD läge das strategische Risiko darin, dass sich der ohnehin engere Reformspielraum zusätzlich durch den Druck dieser Akteure verengt.

Szenario 2 – oppositioneller Aufbau von Gegenhegemonie. Hier wären die stärksten Gegenreaktionen zu erwarten. Eine SPD, die Vermögens- und Gewinnbesteuerung, Tarifbindung, Mitbestimmung, öffentliche Beteiligungen und konditionierte Wirtschaftsförderung offensiv politisiert, berührt unmittelbar ökonomische Verfügungsmacht. Unternehmen und Wirtschaftsverbände könnten Investitions-, Standort- und Wettbewerbsargumente mobilisieren; CDU/CSU könnte eine solche SPD als wirtschaftspolitisches Risiko darstellen; Teile der Medien könnten Konflikte um Steuern, Eigentum und Regulierung in dieser Deutung zuspitzen. Was als ökonomischer Sachzwang erscheint, wäre zugleich Teil des politischen Ringens darum, welche Interessen als allgemeines Interesse gelten können ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; Bd. 7, H. 13, § 17, S. 1561 ff.).

Politisch könnte Option 2 deshalb eine Reorganisation des konservativen Lagers beschleunigen. Eine konfliktorientierte SPD könnte wirtschaftlich konservative Milieus enger an CDU/CSU binden und zugleich rechts von ihr die AfD stärken. Die Bundestagsabstimmungen vom Januar 2025, bei denen ein Unionsantrag zur Migration auch mit AfD-Stimmen eine Mehrheit erhielt, zeigen die Möglichkeit parlamentarischer Konvergenz, ohne bereits eine Koalitionsstrategie zu belegen ([5], BT-Drs. 20/14698, namentliche Abstimmung Nr. 1 vom 29.1.2025: 348 Ja, 344 Nein, 10 Enthaltungen; [5], BT-Drs. 20/12804 und 20/13648 a, namentliche Abstimmung vom 31.1.2025: 338 Ja, 349 Nein, 5 Enthaltungen). Ein konservativ-nationaler Block könnte wirtschaftliche Entlastungsforderungen mit kulturellem Konservatismus, restriktiver Migrationspolitik und dem Versprechen staatlicher Autorität verbinden. Gerade die politische Verbindung objektiv widersprüchlicher Interessen wäre seine hegemoniale Leistung ([8], Bd. 4, H. 6, § 88, S. 783; Bd. 8, H. 12, § 1, S. 1502).

Die Möglichkeit einer solchen Gegenmobilisierung spricht nicht gegen sozialdemokratische Eigenständigkeit. Ein progressives Projekt darf „die Wirtschaft“

zudem nicht pauschal zum Gegner erklären: Zwischen Großkonzernen, Finanzkapital, Mittelstand, Handwerk, Genossenschaften und öffentlichen Unternehmen bestehen unterschiedliche Interessen und mögliche Bündniskonstellationen. Gerade eine Strategie des Gegenhegemonieaufbaus müsste diese Differenzen nutzen, statt einen homogenen Gegner zu konstruieren. Ihre politische Schwierigkeit liegt darin, Konflikte um ökonomische Macht so zu führen, dass sie gesellschaftliche Mehrheiten erweitern und nicht lediglich die Gegenkoalition stabilisieren.

Szenario 3 – Doppelstrategie. Hier wären die Reaktionen ambivalenter. Die SPD bliebe einerseits berechenbarer Regierungspartner, andererseits könnten ihre gesellschaftlichen Bündnisse und institutionellen Reformen Kräfteverhältnisse schrittweise verändern. Konflikte würden sich deshalb vor allem an konkreten Projekten entzünden – etwa Vermögensbesteuerung, Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen, konditionierter Wirtschaftsförderung oder öffentlichen Beteiligungen. CDU/CSU und Wirtschaftsverbände könnten einzelne Maßnahmen als Überschreitung des Regierungskompromisses bewerten; Medien könnten besonders die Spannung zwischen Regierungsrolle und gesellschaftlicher Mobilisierung thematisieren.

Die politische Angriffsfläche dieser Option liegt damit in ihrer Doppelrolle. Gegner könnten sie als Widersprüchlichkeit oder Unzuverlässigkeit deuten. Dem müsste die SPD eine nachvollziehbare Rollenverteilung zwischen Regierung, Partei und autonomen gesellschaftlichen Organisationen entgegensetzen. Im Spektrum der drei Szenarien wäre die Doppelstrategie voraussichtlich konfliktintensiver als Option 1, aber weniger frontal als Option 2.

Die AfD könnte in allen drei Szenarien unterschiedliche Schwächen politisch nutzen: bei Option 1 die geringe Unterscheidbarkeit etablierter Parteien, bei Option 2 die stärkere Polarisierung und bei Option 3 die Spannungen zwischen Regierungskompromiss und gesellschaftlicher Mobilisierung. Demokratische Abgrenzung gegenüber der Partei schließt den politischen Kampf um ihre heterogene Wählerschaft nicht aus; eine Rückgewinnungsstrategie darf jedoch rassistische oder autoritäre Positionen nicht legitimieren ([9], allgemeiner Hintergrund zu Desintegration und Kontrollverlust; [4], allgemeiner Hintergrund zu autoritären und rechtsextremen Einstellungsmustern).

Migration bildet für alle drei Szenarien ein besonders konfliktträchtiges Feld. Reale Knappheiten bei Wohnungen, Schulen, Verwaltungskapazitäten oder Gesundheitsversorgung können Konkurrenzwahrnehmungen verstärken. Eine progressive Politik muss diese Belastungen benennen, ohne sie ethnisch umzudeuten.

Sie benötigt rechtsstaatlich steuerbare Migration, starke Kommunen, ausreichende Infrastruktur und universelle Arbeits- und Sozialstandards. Anpassung an rechte Problemdefinitionen ist dabei strategisch riskant: Neuere FES-Studien kommen zu dem Ergebnis, dass programmatische Annäherung an rechtspopulistische Positionen Parteien der Mitte eher schwächen kann und betonen stattdessen eigene Zukunftsentwürfe, Agenda-Setting, demokratische Polarisierung und soziale Öffnung ([30], Onlinepublikation; [31], Onlinepublikation).

Für die bevorzugte Doppelstrategie folgt daraus: Sie muss demokratische Institutionen gegen autoritäre und extrem rechte Angriffe verteidigen, ohne daraus einen dauerhaften wirtschafts- und sozialpolitischen Konsens mit CDU/CSU abzuleiten. Zugleich muss sie Gegenreaktionen von Unternehmen, Verbänden und Medien einkalkulieren, ohne ihre eigene Profilierung von deren Zustimmung abhängig zu machen.

8. Kontrollverlust, Alltagsverstand und Handlungsfähigkeit

Ökonomische Unsicherheit führt weder automatisch zu Solidarität noch zur Wahl der AfD. Zwischen Struktur und politischem Verhalten liegt die subjektive Verarbeitung. Marx erklärt, warum gesellschaftliche Beziehungen als sachliche Zwänge erscheinen; Gramsci, wie widersprüchliche Deutungen im Alltagsverstand politisch artikuliert werden; Holzkamp, unter welchen Bedingungen restriktive oder verallgemeinerte Handlungsfähigkeit entsteht; Heitmeyer analysiert Desintegration und Kontrollverlust ([12], S. 85–98; [8], Bd. 5, H. 8, § 182, S. 1045; [10], S. 370 ff.; [9]). Die WSI-Längsschnittanalyse zeigt ergänzend, dass Transformationssorgen sowie Ungerechtigkeits- und Benachteiligungsgefühle die Hinwendung zur AfD begünstigen, ohne sie deterministisch zu erklären ([37], Zusammenfassung und empirische Hauptteile).

Die häufige Bezeichnung der AfD als „Arbeiterpartei“ ist analytisch irreführend. Zwar weist die KAS für Arbeiter einen besonders hohen AfD-Anteil aus und zeigt zugleich einen starken Zusammenhang mit subjektiv schlechter wirtschaftlicher Lage: In dieser Gruppe erreicht die AfD 37 Prozent, bei guter oder sehr guter Lage 15 Prozent ([52], S. 27). Dabei sind zwei Größen auseinanderzuhalten: der Anteil der Arbeiter, die AfD wählen, und der Anteil der Arbeiter an der gesamten AfD-Wählerschaft. Nach einer KAS-Auswertung stellen Arbeiterinnen und Arbeiter nur knapp ein Fünftel der AfD-Wählenden; die AfD besitzt also eine sozialstrukturell deutlich breitere Wählerschaft ([56], Abschnitt „Den Rechtsruck nicht verharmlosen“, o. S.). Ihr überdurchschnittlicher Erfolg unter Arbeitern begründet deshalb noch keine gesellschaftliche

Interessenrepräsentation der Arbeiterschaft. Dörre misst eine Arbeiterpartei an kollektiven Interessen der Lohnabhängigen und an Beziehungen zu Gewerkschaften und betrieblicher Interessenvertretung; zentrale wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Positionen der AfD stehen dazu in Spannung ([50], S. 213–242; [51], S. 16–19). Auch die Wählerwanderung spricht gegen einen einfachen Übergang einer früheren SPD-Arbeiterklasse zur AfD: Der größte einzelne Zugewinn 2025 kam aus dem Lager früherer Nichtwähler, erhebliche Zuflüsse zudem aus Union und FDP ([52], Abschnitt Wählerwanderung/Wählerstromkonto). Erklärungsbedürftig ist daher die politische Artikulation heterogener Erfahrungen von Unsicherheit, Kontroll- und Statusverlust.

Kontrollverlust kann auch bei materiell relativ gesicherten Menschen entstehen, wenn zentrale Entscheidungen über Arbeitsplatz, Wohnort oder Infrastruktur außerhalb ihres Einflusses fallen. Unter Unsicherheit kann Abgrenzung subjektiv als Handlungsgewinn erscheinen: Ansprüche sollen auf die Eigengruppe begrenzt, Konkurrenten ausgeschlossen werden. Nationalität kann dabei eine nichtmarktliche Statusressource bieten. Die AfD übersetzt diffuse Ohnmacht in konkrete Feindbilder und verspricht Kontrolle durch Grenzziehung. Holzkampisch ist dies restriktive Handlungsfähigkeit: Die Bedingungen der Abhängigkeit bleiben bestehen, aber die relative Position der Eigengruppe soll verbessert werden.

Eine sozialdemokratische Alternative müsste Kontrolle anders definieren: als gemeinsame Gestaltungsmacht über Arbeit, Infrastruktur, Wohnen, soziale Risiken und Transformation. Tarifvertrag, Mitbestimmung, Sozialversicherung und öffentlicher Wohnungsbau können Erfahrungen demokratischer Selbstwirksamkeit erzeugen. Dabei gilt: reale Unsicherheit anerkennen, falsche oder rassistische Ursachenzuschreibungen kritisieren und alternative Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Freiheit wäre nicht bloße Marktoption, sondern reale Fähigkeit, die eigenen Lebensbedingungen mit anderen zu beeinflussen. Das emotionale Gegenangebot zur rechten Rückkehrsehnsucht wäre eine gestaltbare Zukunft.

Diese Perspektive verändert auch den Begriff sozialer Sicherheit. Sicherheit bedeutet nicht lediglich Einkommensersatz nach Eintritt eines Risikos. Sie umfasst die Möglichkeit, zukünftige Lebensbedingungen mitzugestalten. Ein Beschäftigter, dessen Betrieb transformiert wird, braucht deshalb mehr als Arbeitslosengeld; er braucht Einfluss auf den Transformationsprozess, Qualifizierung und eine realistische Perspektive auf gute Arbeit. Eine Mieterin braucht nicht nur Wohngeld, sondern Schutz vor Verdrängung und ein ausreichendes Angebot bezahlbaren Wohnraums. Der Sozialstaat würde damit von einer kompensierenden zu einer ermöglichenden

Institution erweitert. Der WSI-Verteilungsbericht 2025 stützt diese Verbindung von sozialer und demokratischer Frage empirisch: Mit sinkendem Einkommen nehmen politische Beteiligung und Vertrauen in zentrale demokratische Institutionen ab. Verteilungspolitik ist daher nicht nur Sozial-, sondern auch Demokratiep Politik ([38], S. 452–460 bzw. WSI Report Nr. 108).

Damit erhält die Frage der Anerkennung eine materialistische Wendung. Menschen wollen nicht nur Einkommen, sondern auch die Erfahrung, dass ihre Arbeit, ihre Region und ihre Lebensleistung gesellschaftlich zählen. Symbolische Anerkennung bleibt jedoch prekär, wenn Krankenhäuser schließen, Verkehrsverbindungen verschwinden oder betriebliche Entscheidungen ohne die Beschäftigten getroffen werden. Progressive Anerkennungspolitik müsste deshalb institutionell unterlegt sein: durch Beteiligungsrechte, gute öffentliche Dienstleistungen und die Aufwertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit ([9], allgemeiner Hintergrund zu Desintegration und Kontrollverlust; [13], Abschnitte „Soziokulturelle Entwertungen“ und „Bruchzonen“; [14], Kap. V, S. 273–370).

Reckwitz ergänzt dies um den Wandel von Statusordnungen: Modernisierung wertet nicht nur Einkommen, sondern auch Lebensformen, Regionen und Tätigkeiten unterschiedlich auf. Hegemoniefähige Politik muss deshalb materielle Sicherheit, demokratische Beteiligung und gesellschaftliche Anerkennung verbinden ([14], S. 273–370, bes. S. 274–285 und 350 ff.).

Der Alltagsverstand ist widersprüchlich. Ein Beschäftigter kann Tarifvertrag und Betriebsrat befürworten, einen starken Sozialstaat wünschen, Transformationsängste haben, politischen Eliten misstrauen und Migration zugleich als Konkurrenz deuten. Gramscis Konzept macht verständlich, wie politische Projekte solche heterogenen Elemente verbinden und ihnen eine Richtung geben. Die radikale Rechte kann Transformationsangst gegen Klimapolitik, soziale Konkurrenz gegen Migration und politische Ohnmacht gegen „Altparteien“ wenden. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 warnt zugleich vor ökonomischem Determinismus: Soziale Ungleichheit, Deprivation und Partizipation sind relevant, daneben bestehen eigenständige Ressentiments und autoritäre Orientierungsmuster. Für den hier vertretenen Ansatz besonders wichtig ist der Zusammenhang von betrieblicher Partizipation und demokratischen Einstellungen ([8], Bd. 4, H. 6, § 88, S. 783; Bd. 8, H. 12, § 1, S. 1502; [54], Beitrag 3, S. 101–132, und Beitrag 6, S. 181–206).

Eine sozialdemokratische Strategie müsste deshalb an vorhandene Erfahrungen von Kooperation und Gegenseitigkeit anknüpfen. Tarifverträge, Sozialversicherung und kommunale Daseinsvorsorge beruhen auf dem Prinzip, dass Risiken und Leistungen kollektiv organisiert werden können. Wo solche Institutionen funktionieren, liefern sie praktische Gegenbeispiele zur Vorstellung, jeder müsse sich allein im Wettbewerb

behaupten. Ihre Stärkung besitzt daher nicht nur sozialpolitische, sondern kulturell-hegemoniale Bedeutung.

9. Hegemoniefähige Programmatik und politische Erzählung

Das Problem der SPD ist weniger ein Mangel einzelner Forderungen als deren fehlende Verbindung zu einer gemeinsamen Entwicklungsrichtung. Eine hegemoniefähige Programmatik könnte vier Grundversprechen verbinden: universelle soziale Sicherheit; wirtschaftliche Stärke durch produktive Modernisierung statt Lohn- und Sozialabbau; demokratische Gestaltungs- und Entscheidungsmacht über Arbeit, Infrastruktur und Transformation; ökologische Modernisierung ohne sozialen Abstieg. Ergänzend kann Zeitpolitik – Arbeitszeitverkürzung, Zeitsouveränität und Entlastung – Produktivitätsfortschritt mit Lebensqualität verbinden.

Dabei wäre es zu einfach, die Krise der SPD als bloße programmatische Abkehr von Gleichheit oder als Übergang zu einer sogenannten „Lifestyle-Linken“ zu erklären. Horn, Klüser, Rittershaus und Haselmayer zeigen in einer Langzeitanalyse der Wahlprogramme von 1970 bis 2021, dass die SPD ökonomische Gleichheit seit den 1990er Jahren zunächst deutlich schwächer betonte, seit 2013 beziehungsweise 2017 aber wieder stärker hervorhob; 2021 erreichte die Gleichheitsthematik im Zeichen der Respekt-Kampagne eine besonders hohe Salienz. Der Befund ist für die vorliegende Arbeit zentral: programmatische Resozialdemokratisierung ist möglich, führt aber nicht automatisch zur Wiederherstellung gesellschaftlicher Verankerung. Zwischen Programmsatz und organisierter Repräsentationsmacht liegt die eigentliche strategische Lücke ([21], S. 29–52).

Der Sozialstaat wäre dabei kein nachträglicher Reparaturbetrieb, sondern allgemeine Infrastruktur gesellschaftlicher Reproduktion. Wirtschaftliche Stärke beruhte auf Investitionen, Forschung, Bildung, erneuerbarer Energie, guter Arbeit und europäischer Industriepolitik ([11], S. 36–47, 48–63 und 101–112; [1], S. 2–7 und 23–27). Demokratische Gestaltungsmacht erweitert die klassische Umverteilungsfrage: Wer entscheidet über Standorte, Investitionen, Digitalisierung, Wohnen und Energie? Unter demokratischer Gestaltungs- und Entscheidungsmacht wird hier die institutionell und materiell gesicherte Möglichkeit verstanden, kollektiv auf zentrale gesellschaftliche Lebensbedingungen Einfluss zu nehmen. Ökologische Transformation müsste Beschäftigungssicherheit, Qualifizierung und Mitbestimmung einschließen. Leistungsgerechtigkeit ließe sich gegen ererbte Privilegien wenden; Heimat als demokratisch gestaltbarer sozialer Ort statt ethnischer Ausschluss definieren. Gegen die These, der finanzielle Spielraum werde durch einen ungebremsst wachsenden Sozialstaat aufgezehrt, zeigen Dullien und Rietzler im internationalen und historischen

Vergleich, dass weder Staats- noch Sozialausgaben Deutschlands eine außergewöhnliche Dynamik aufweisen. Sozialabbau ist deshalb nicht als alternativloser ökonomischer Sachzwang zu behandeln ([40], S. 1–4).

Eine verdichtete Erzählung könnte lauten: Deutschland ist reich und produktiv, doch viele Menschen erleben Unsicherheit, weil ihre demokratische Gestaltungsmacht gegenüber wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen begrenzt ist. Wohlstand wird nicht durch Konkurrenz unter Lohnabhängigen, Lohnverzicht und Sozialabbau gesichert, sondern durch Investitionen, gute Arbeit, starke öffentliche Güter und Mitbestimmung. Glaubwürdig wird diese Erzählung nur durch erkennbare Konflikte und Übergangsforderungen: Tariftreue, Mitbestimmung bei staatlich geförderten Unternehmen, kommunaler Wohnungsbau, öffentliche Beteiligungen, Infrastrukturinvestitionen und progressive Finanzierung. Ihr Kern lautet: Freiheit durch gemeinsame Gestaltungsmacht ([10], S. 370 ff.).

Die Sprache eines solchen Projekts müsste Konflikte benennen, ohne die Gesellschaft in moralisch reine und verdorbene Lager zu teilen. Nicht „die Wirtschaft“ wäre Gegner, sondern die Konzentration ökonomischer Verfügungsmacht dort, wo sie gesellschaftliche Entwicklung blockiert. Produktive Unternehmen, Handwerk, Genossenschaften und innovative Mittelständler können Teil eines neuen Blocks sein, wenn ihre Interessen mit guter Arbeit, ökologischer Modernisierung und öffentlicher Infrastruktur vereinbar sind. Konflikt entsteht dort, wo Renditeansprüche dauerhaft Vorrang vor Beschäftigung, Versorgung oder demokratisch gesetzten Transformationszielen beanspruchen.

Eine solche Erzählung müsste zugleich erklären, dass nicht jede ökonomische Grenze beliebig politisch aufgehoben werden kann. Ressourcen, Produktivität, internationale Konkurrenz und demografische Entwicklung sind reale Bedingungen. Kritisiert wird nicht ihre Existenz, sondern die politische Behauptung, aus ihnen folge notwendig eine bestimmte Verteilung der Lasten. Der Begriff des „Sachzwangs“ verschleiert häufig, dass zwischen verschiedenen Anpassungswegen gewählt wird. Genau diese Wahl sichtbar zu machen, wäre eine zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik: Wer investiert, wer entscheidet, wer trägt Risiken, wer erhält Erträge und welche gesellschaftlichen Bedürfnisse sollen Produktion und Infrastruktur erfüllen?

Aus dieser Perspektive könnte auch der Begriff der Freiheit neu besetzt werden. Neoliberale Politik versteht Freiheit vor allem als Schutz individueller Wahl und privaten Eigentums. Autoritäre Politik verspricht Freiheit der Eigengruppe durch stärkere Grenzziehung. Eine sozialdemokratische Alternative könnte Freiheit als reale Gestaltungsmöglichkeit fassen: die Freiheit, einen schlechten Arbeitsplatz verlassen zu können, ohne existenziell abzustürzen; die Freiheit, Zeit für Familie und

gesellschaftliches Leben zu besitzen; die Freiheit, an Entscheidungen über den eigenen Betrieb oder Wohnort mitzuwirken. Soziale Sicherheit wäre nicht Einschränkung, sondern Voraussetzung solcher Freiheit ([10], S. 370 ff.).

Auch der Begriff der Leistung könnte eine verbindende Funktion erhalten. Die zentrale Konfliktlinie verlief nicht zwischen „Leistungsträgern“ und „Transferempfängern“, sondern zwischen gesellschaftlich notwendiger Tätigkeit und Einkommen, die wesentlich aus Besitz- oder Monopolpositionen entstehen. Eine solche Verschiebung wäre anschlussfähig an verbreitete Gerechtigkeitsvorstellungen, ohne deren mögliche exkludierende Form zu übernehmen. Sie würde Pflege, Erziehung, Facharbeit und öffentliche Dienstleistungen sichtbar aufwerten und zugleich die Privilegierung großer Erbschaften und Vermögenseinkommen problematisieren.

Die Erzählung müsste schließlich ein Zukunftsbild enthalten. Sozialdemokratie war historisch stark, solange sie sozialen Fortschritt als Erweiterung von Sicherheit, Bildung, Einkommen und demokratischen Rechten plausibel machen konnte. Heute dominiert häufig die Vorstellung, Zukunft bedeute vor allem Anpassung an Verschlechterungen. Ein neues Projekt müsste Modernisierung wieder mit Verbesserung verbinden: klimaneutrale Industrie mit guter Arbeit, Digitalisierung mit Zeitsouveränität, höhere Produktivität mit kürzerer Arbeitszeit, offene Gesellschaft mit leistungsfähiger öffentlicher Infrastruktur.

10. Politische Bündnisbildung und neuer historischer Block

Ein neuer Block müsste breiter sein als eine parlamentarische Mitte-links-Koalition. Ausgangspunkt ist die heterogene Klasse der Lohnabhängigen, deren Gemeinsamkeiten nicht kulturell vorausgesetzt, sondern politisch organisiert werden müssen. Gewerkschaften sind der wichtigste organisierte Bündnispartner, weil sie Menschen aufgrund ihrer Stellung als Beschäftigte verbinden und strukturelle Macht besitzen ([7], S. 35–64). Eine Rückkehr zur alten Arbeitsteilung – Gewerkschaften organisieren, SPD übersetzt – wäre jedoch falsch; notwendig ist strategische Kooperation bei wechselseitiger Autonomie.

Die Grünen sind wegen ökologisch orientierter urbaner Milieus notwendiger Partner und zugleich Konkurrent; Konflikte betreffen insbesondere markt- versus infrastruktur-basierte Transformation. Mit der Linken bestehen Überschneidungen bei Umverteilung, Vermögen, Mieten und Tarifbindung, daneben reale Differenzen insbesondere in Außen- und Sicherheitspolitik. Soziale Bewegungen, Wohlfahrtsverbände und Kommunen müssen als autonome Kräfte einbezogen werden. Teile des Mittelstands können von Infrastruktur, qualifizierter Arbeit, stabiler Nachfrage und der Begrenzung konzentrierter Marktmacht profitieren. Nicht integrierbar sind

dagegen alle Interessen, deren Geschäftsmodell wesentlich auf niedrigen Löhnen, schwacher Tarifbindung oder Privatisierung öffentlicher Infrastruktur beruht.

Die nach 2025 erneuerte Debatte über eine 'linke Mehrheit' ist deshalb ernst zu nehmen, aber nicht mit einer bloßen Addition von SPD, Grünen und Linken zu verwechseln. Mielke und Rose sehen in einer solchen Perspektive eine mögliche Alternative zu konservativen und rechten Tendenzen. Aus gramscianischer Sicht wäre sie jedoch nur tragfähig, wenn ihr eine gesellschaftliche Bündnisbildung vorausgeht: zwischen unterschiedlichen Gruppen von Lohnabhängigen, Gewerkschaften, ökologischen Milieus, Mietern, Kommunen und Teilen produktiver kleiner und mittlerer Unternehmen. Eine parlamentarische Mehrheit ohne diese gesellschaftliche Verdichtung bliebe volatil; umgekehrt kann gesellschaftliche Bündnisarbeit auch dann sinnvoll sein, wenn kurzfristig keine rechnerische Mitte-links-Mehrheit besteht ([22], S. 102–110).

Die Bündnisformel könnte Sicherheit, Gestaltungsmacht und Transformation lauten. Führung hieße nicht parteipolitische Dominanz, sondern die Fähigkeit, produktive Kompromisse zwischen Industriearbeit, Klimabewegung, Dienstleistungsbeschäftigten, Mittelschichten und Kommunen zu organisieren ([8], Bd. 5, H. 8, § 182, S. 1045). Dafür braucht es institutionalisierte Konfliktbearbeitung – etwa Transformations- und Branchenräte – und gemeinsame Praxis. Die SPD müsste Macht mit Gewerkschaften, Bewegungen und anderen Parteien teilen, um gesellschaftliche Macht zurückzugewinnen. Ein historischer Block entsteht nicht durch den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern durch eine gemeinsame Richtung, die auch die Fragen „Wer bezahlt?“ und „Wer entscheidet?“ beantwortet.

Die Rolle der SPD wäre dabei ambivalent. Sie verfügt über Zugang zu staatlichen Institutionen und kann gesellschaftliche Forderungen in Gesetzgebung übersetzen; gerade diese Nähe zum Staat kann aber ihre Fähigkeit schwächen, autonome gesellschaftliche Kräfte zu fördern. Ihre strategische Leistung bestünde deshalb darin, institutionelle Macht und gesellschaftliche Selbstorganisation miteinander zu verbinden. Sie müsste akzeptieren, dass erfolgreiche Bündnispartner nicht immer parteipolitisch kontrollierbar sind. Hegemoniale Führung wäre dann weniger Befehl als Vermittlungsleistung.

Gewerkschaften und soziale Bewegungen müssten dabei autonome Pole bleiben. Gerade ihre Fähigkeit, Regierungen unter Druck zu setzen, kann progressive Politik ermöglichen. Ein Bündnis, das gesellschaftliche Mobilisierung nach einem Wahlsieg stilllegt, schwächt seine eigene Machtbasis. Der historische Block wäre deshalb nicht nur Wahlbündnis, sondern eine dauerhafte Infrastruktur gesellschaftlicher Interessenorganisation.

Eine solche Bündnisbildung benötigt über gemeinsame Interessen hinaus eine kulturell-moralische Verdichtung, die heterogene Erfahrungen in einen gemeinsamen politischen Alltagsverstand übersetzt ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; Bd. 7, H. 13, § 7, S. 1545).

11. Vom Programm zur Gegenmacht: Übergangsstrategie

Ein alternatives Programm wird politisch relevant, wenn Reformen unmittelbare Verbesserungen mit einer Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verbinden. Übergangsstrategie meint deshalb selbstverstärkende Reformen: Sie vermindern Abhängigkeit, erweitern kollektive Handlungsmöglichkeiten und verbessern die Voraussetzungen weiterer Veränderungen. Das Memorandum 2026 und die Beschlüsse des 23. DGB-Bundeskongresses verbinden in diesem Sinne Investitionen und Modernisierung mit sozialer Sicherung, Tarifbindung, Mitbestimmung und öffentlicher Infrastruktur ([1], S. 7–27; [47], Beschlüsse A01, A07, B01–B03, C01 und C03).

Erstens müsste eine Tarifwende Verteilungs- und Machtpolitik verbinden. Öffentliche Aufträge, Wirtschaftsförderung und Transformationshilfen wären an Tarifbindung oder gleichwertige Standards zu koppeln; Allgemeinverbindlicherklärungen, Betriebsratsgründungen und Mitbestimmung wären zu stärken. Höhere Tarifbindung verbessert Einkommen und Sicherheit und stärkt zugleich Gewerkschaften und Betriebsräte als eigenständige Machtzentren ([41], S. 1; [47], Beschlüsse B01–B03).

Zweitens braucht ein neues Entwicklungsmodell eine langfristig gesicherte Investitionsoffensive mit Schwerpunkt kommunale Daseinsvorsorge. Schulen, Kitas, Nahverkehr, Krankenhäuser, Pflege, Energie- und Wärmenetze, digitale Infrastruktur und Wohnungsbau dürfen nicht gegen Sozialausgaben ausgespielt werden. Die kommunalen Spitzenverbände beziffern das strukturelle Defizit 2026 auf rund 30 Milliarden Euro und verlangen finanzielle Stabilisierung, Entlastung bei übertragenen Sozialausgaben und vollständige Gegenfinanzierung neuer Aufgaben. Ein kommunaler Zukunftspakt müsste Städte, Landkreise und Gemeinden dauerhaft investitionsfähig machen. Zukunftsinvestitionen können kreditfinanziert, dauerhafte Aufgaben stärker aus hohem Vermögen, Erbschaften und Kapitaleinkommen finanziert werden ([1], S. 7–14, 26–27; [47], Beschlüsse A01, A07 und C01; [48], Online-Erklärung vom 22.06.2026, o. S.).

Drittens sollte öffentliche Wirtschaftsförderung konsequent an soziale und transformationspolitische Bedingungen geknüpft werden. Größere Transformationshilfen, Investitionszuschüsse oder staatliche Garantien wären

insbesondere an Tarifbindung, Beschäftigungssicherung, Qualifizierung sowie überprüfbare Standort- und Transformationsziele zu binden. Bei erheblicher und dauerhafter öffentlicher Risikoübernahme wären darüber hinaus öffentliche Beteiligungen zu prüfen. Konditionierte Wirtschaftsförderung verbindet damit die Bereitstellung öffentlicher Mittel mit verbindlichen Pflichten der geförderten Unternehmen ([32], S. 32–36; [47], Beschlüsse C01 und C03).

Viertens müsste Transformation mit einer Garantie für Beschäftigte verbunden werden. Regionale Transformationsräte aus Gewerkschaften, Betriebsräten, Kommunen, Unternehmen, Wissenschaft und Förderinstitutionen sollten an zentralen Entscheidungen beteiligt werden. Beschäftigte benötigen bei Strukturwandel Anspruch auf materiell abgesicherte Qualifizierung und Unterstützung beim Übergang in gute, möglichst tarifgebundene Arbeit. Garantiert würde nicht jedes Geschäftsmodell, sondern soziale Sicherheit und Mitwirkung im Umbau ([1], S. 12–17, 23–27; [47], Beschlüsse C01 und C03).

Fünftens müssen Wohnen und Sozialstaat individuelle Marktabhängigkeit vermindern. Kommunalen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau sollte dauerhaft preisgebundenen Bestand schaffen. Der Sozialstaat wäre zugleich als Infrastruktur gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zu verstehen, die Arbeitsplatzwechsel, Qualifizierung, Familienarbeit und Transformation ohne existenziellen Absturz ermöglicht ([1], S. 18–27; [47], Beschluss A01).

Die kulturelle Übersetzung der fünf Projekte lässt sich in der Formel „Sicherheit durch gemeinsame Gestaltungsmacht“ verdichten: Sicherheit als soziale Verlässlichkeit, Freiheit als reale Mitentscheidung über Lebensbedingungen, Leistung als Anerkennung gesellschaftlich notwendiger Arbeit und Heimat als Erfahrung funktionierender öffentlicher Räume und solidarischer Zugehörigkeit. Transformation erscheint so nicht als Verlustdrohung, sondern als demokratisch gestaltbarer Fortschritt ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; Bd. 7, H. 13, § 7, S. 1545).

Hegemoniefähig wird diese Erzählung nur, wenn Institutionen sie im Alltag bestätigen. Tarifverträge, Betriebsräte, kommunale Wohnungen, Schulen, Verkehr, Krankenhäuser und Transformationsräte sind deshalb zugleich Orte kulturellen Stellungskriegs. Die Formel wäre nicht: „Der Staat kümmert sich“, sondern: „Wir gewinnen gemeinsam Einfluss auf das zurück, was unser Leben bestimmt.“ Materielle Reform, Organisation und kulturelle Deutung bilden so eine Einheit.

Für die SPD folgt daraus ein strategischer Maßstab: Regierungsbeteiligung ist produktiv, wenn sie gesellschaftliche Eigenständigkeit und kollektive

Gestaltungsmacht erweitert. Gewerkschaften, Betriebsräte, Kommunen und soziale Bewegungen bleiben autonome Akteure; die Partei kann einen historischen Block nicht administrativ herstellen. Ihre Aufgabe wäre, Interessen zu vermitteln, staatliche Ressourcen für gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu öffnen und Konflikte um ökonomische Verfügungsmacht auszutragen. Übergangspolitik wird so zum praktischen Stellungskrieg.

12. Kann die SPD noch einmal hegemonial werden?

Die klassische sozialdemokratische Hegemonie ist nicht restaurierbar. Die in Kapitel 1 unterschiedenen Phasen zeigen vielmehr einen Rollenwandel: Im fordistisch-sozialstaatlichen Block war die SPD eine prägende Kraft des sozialen Kompromisses; im neoliberal-exportorientierten Block wirkte sie an dessen Umbau und Stabilisierung mit; in dessen Hegemoniekrise verfügt sie weiterhin über staatliche Ressourcen, hat aber deutlich an eigenständiger gesellschaftlicher Führungs- und Organisationsmacht verloren. Die theoretische Frage lautet deshalb nicht, wie ein früherer Zustand wiederhergestellt werden kann, sondern unter welchen Bedingungen sozialdemokratische Hegemoniefähigkeit in einem neuen historischen Block überhaupt entstehen könnte.

Eine erste Bedingung ist eine tragfähige materielle Reproduktionsgrundlage. Hegemonie kann nicht allein aus Deutungen oder programmatischer Kohärenz entstehen; sie benötigt ein Entwicklungsmodell, das Produktivität, Investitionen und ökologische Transformation mit materiellen Verbesserungen für breite gesellschaftliche Gruppen verbindet. Ein sozialdemokratisches Projekt müsste daher zeigen, dass soziale Sicherheit, gute Arbeit, öffentliche Infrastruktur und industrielle Modernisierung nicht bloß Verteilungsansprüche sind, sondern Elemente einer ökonomisch tragfähigen Entwicklungsrichtung.

Eine zweite Bedingung ist gesellschaftliche Organisationsmacht. Aus gemeinsamen Abhängigkeiten oder Interessen entsteht noch kein politisches Subjekt. Gewerkschaften, Betriebsräte, Kommunen, soziale Bewegungen und Partei müssten unterschiedliche Erfahrungen in gemeinsame Interessen übersetzen und zugleich reale Einflussmöglichkeiten schaffen. Bei begrenzter eigener Führungsfähigkeit könnte die SPD dabei eher als Knotenpunkt eines polyzentrischen Blocks wirken als als dessen von vornherein feststehendes Zentrum.

Eine dritte Bedingung ist die Fähigkeit zur politischen Verallgemeinerung. Die Hegemoniekrise eröffnet einen Möglichkeitsraum, garantiert aber keinen progressiven Ausgang. Ein neues Projekt müsste unterschiedliche Interessen so verbinden, dass

soziale Sicherheit, wirtschaftliche Modernisierung, ökologische Transformation und demokratische Gestaltungsmacht als gemeinsame Entwicklungsrichtung plausibel werden. Führung wäre dabei kein historischer Besitzstand der SPD, sondern das mögliche Ergebnis erfolgreicher Vermittlung, materieller Verbesserungen und wachsender gesellschaftlicher Organisationsmacht.

Der Prüfstein bleibt Holzkamps verallgemeinerte Handlungsfähigkeit: Erweitert Politik die gemeinsame Gestaltungs- und Entscheidungsmacht über gesellschaftliche Lebensbedingungen oder organisiert sie vor allem Anpassung und Abgrenzung? Reformen wären in dieser Perspektive nicht nur an ihrer unmittelbaren Verteilungswirkung zu messen, sondern daran, ob sie Abhängigkeiten vermindern, kollektive Handlungsmöglichkeiten erweitern und die Voraussetzungen weiterer Veränderung verbessern ([8], Bd. 4, H. 7, § 16, S. 873 f.; [10], S. 370 ff.).

Diese Bedingungen bestimmen den Horizont eines längerfristigen Stellungskriegs. Ein neues Projekt muss Verteilungsansprüche, produktive Kapazitäten, öffentliche Investitionen und politische Sequenzierung zusammendenken; zugleich muss es gesellschaftliche Positionen aufbauen, die nicht mit jeder Regierungs- oder Wahlniederlage wieder verschwinden. Ob daraus erneut sozialdemokratische Hegemoniefähigkeit entsteht, bleibt offen.

13. Vom Niedergang zur Erneuerung? Strategische Antworten

Die aktuelle Strategiedebatte lässt sich nun mit den in Kapitel 12 entwickelten Bedingungen prüfen.

Engels fordert eine Erneuerung der SPD als „Partei der Arbeit“, wobei Arbeit ausdrücklich Produktions- und Dienstleistungsarbeit, Büroarbeit, Teilzeit, Solo-Selbständigkeit und Beschäftigte mit Migrationsgeschichte umfasst. Der Ansatz zielt damit nicht auf die Rekonstruktion eines vergangenen Milieus, sondern auf die politische Verbindung einer heterogenen Arbeitsgesellschaft über Lohn, Anerkennung, Vereinbarkeit und soziale Sicherheit ([43], Onlinebeitrag, o. S.).

Miebach und Schroeder akzentuieren die Reformfunktion. Ihre Forderung, die SPD wieder als Reformpartei zu profilieren, richtet sich gegen die Entkopplung von lebensweltlichen Milieus und die Verengung auf staatszentrierte Regierungsfähigkeit. Regierungsarbeit wird strategisch erst dann produktiv, wenn sie eine eigenständige gesellschaftliche Entwicklungsrichtung sichtbar macht ([44], Onlinebeitrag, o. S.).

Mikfeld formuliert die Erneuerungsfrage ausdrücklich hegemoniepolitisch. Gegen technokratisches Mitregieren und kurzfristiges Denken in Einzelthemen fordert er

gesellschaftliche Meinungsführerschaft sowie ein intellektuelles, kulturelles und gesellschaftliches „Vorfeld“ der SPD ([42], S. 18–21). Der 2026 begonnene Grundsatzprogrammprozess ist daran anschlussfähig, weil er gesellschaftliche Vision, Präsenz in Betrieben und Alltag sowie die Beteiligung von Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften verbinden will ([45], Onlineangebot „Grundsatzprogramm“, o. S.). Ob daraus dauerhafte Organisationsmacht entsteht, bleibt offen.

Zusammengenommen korrigieren diese Ansätze wichtige Schwächen der bisherigen SPD-Praxis, bleiben für sich genommen aber unvollständig. Die „Partei der Arbeit“ adressiert die soziale Basis, die Reformpartei die sichtbare politische Entwicklungsrichtung und Mikfeld die hegemoniale Vermittlung und das gesellschaftliche Vorfeld. Erst ihre Verbindung würde den in Kapitel 12 formulierten Anforderungen an materielle Tragfähigkeit, Organisationsmacht und politische Verallgemeinerung entsprechen.

Diese Strategiedebatte beantwortet die Ausgangsfrage des Essays damit noch nicht, präzisiert aber die Bedingungen ihrer Bearbeitung: Erneuerung wäre daran zu messen, ob aus sozialer Verankerung, Reformpraxis und hegemonialer Vermittlung dauerhafte gesellschaftliche Handlungsfähigkeit entsteht.

Die historische Periodisierung schärft die Diagnose des sozialdemokratischen Niedergangs. Die SPD verlor nicht einfach kontinuierlich an Zustimmung. Ihre Funktion veränderte sich mit dem historischen Block: vom prägenden Mitträger des fordistisch-sozialstaatlichen Kompromisses über die aktive Mitgestaltung des neoliberal-exportorientierten Umbaus bis zu einer zunehmend nachgeordneten Rolle in dessen Hegemoniekrise. Gerade diese Verschiebung erklärt, warum institutionelle Regierungsfähigkeit und gesellschaftliche Führungsfähigkeit heute so weit auseinanderfallen.

Ob daraus ein neuer historischer Block entsteht und welche Rolle die SPD darin einnehmen kann, bleibt eine offene politische Frage. Hegemonie lässt sich nicht beschließen. Sie müsste in Konflikten, Institutionen und Alltagserfahrungen neu erworben werden. Der Niedergang der SPD wäre dann weder bloßes Organisationsversagen noch historisches Schicksal, sondern Ausdruck eines Übergangs, dessen Ausgang von der Fähigkeit abhängt, soziale Interessen neu zu organisieren, materielle Kompromisse zu schaffen und demokratische Gestaltungsmacht praktisch erfahrbar zu machen.

Literatur- und Datenbasis (Nummerierung der Anmerkungen)

1. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2026): Memorandum 2026. Aufbruch aus der Mehrfachkrise: Gerechte Finanzpolitik, stabiler Sozialstaat und nachhaltige Transformation. Bremen, 30.4.2026. Online: <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656921.memorandum-2026.html> (Abruf: 16.08.2026).
2. BDA – Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (2026): Stellungnahme zum Reformpaket der Koalition „Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung“, 02.07.2026, insb. S. 1–7; ergänzend Dulger, Rainer: „Dieser Kurswechsel ist richtig“, BDA, 02.07.2026.
3. Bundeswahlleiterin (2025a): Bundestagswahl 2025: Endgültiges Ergebnis. Pressemitteilung Nr. 29/25, 14.03.2025. – Bundeswahlleiterin (2025b): Bundestagswahl 2025, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, Tab. 1.1 „Bundesergebnis“: SPD 16,4 %, CDU 22,6 %, CSU 6,0 %, AfD 20,8 % der gültigen Zweitstimmen.
4. Decker, Oliver / Brähler, Elmar u. a. (Hg.): Leipziger Autoritarismus-Studien, verschiedene Jahrgänge.
5. Deutscher Bundestag (2025a): 209. Sitzung, 29.01.2025, namentliche Abstimmung Nr. 1 über BT-Drs. 20/14698. Endgültiges Ergebnis: 348 Ja, 344 Nein, 10 Enthaltungen, 31 nicht abgegebene Stimmen. – Deutscher Bundestag (2025b): 211. Sitzung, 31.01.2025, namentliche Abstimmung über den Entwurf eines Zustrombegrenzungsgesetzes, BT-Drs. 20/12804 und 20/13648 a. Endgültiges Ergebnis: 338 Ja, 349 Nein, 5 Enthaltungen, 41 nicht abgegebene Stimmen.
6. Deutscher Bundestag (2026): Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2024, BT-Drs. 21/4150. Für die SPD: 357.116 Mitglieder zum Jahresende 2024.
7. Dörre, Klaus (2009): Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Robert Castel / Klaus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 35–64.
8. Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, 10 Bde. Hg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug unter Mitarbeit von Peter Jehle. Hamburg: Argument.
9. Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002–2011): Deutsche Zustände, Folgen 1–10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
10. Holzkamp, Klaus (1983): Grundlegung der Psychologie. Frankfurt am Main/New York: Campus.

11. Krüger, Stephan (2024): Der deutsche Kapitalismus 1950–2023. Inflation, Beschäftigung, Umverteilung, Profitraten, Finanzkrisen, Weltmarkt. Hamburg: VSA, 232 S., ISBN 978-3-96488-189-2. Ergänzend: Krüger, Stephan (2019): Profitraten und Kapitalakkumulation in der Weltwirtschaft. Hamburg: VSA, 344 S.
12. Marx, Karl (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. I. MEW 23. Berlin: Dietz. – Marx, Karl (1964): Das Kapital. Bd. III. MEW 25. Berlin: Dietz.
13. Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp, 1. Aufl., 284 S., ISBN 978-3-518-42894-8.
14. Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
15. SPD-Parteivorstand (2025a): SPD startet Mitgliedervotum über Koalitionsvertrag mit CDU/CSU. Pressemitteilung 085/25, 9.4.2025: 358.322 stimmberechtigte Mitglieder, Stand 23.3.2025. Für den Mitgliederbestand Ende 2024 siehe dagegen Deutscher Bundestag 2026: 357.116 Mitglieder.
16. Stöss, Richard (2022): SPD am Wendepunkt. Neustart oder Niedergang. Marburg: Schüren, 1. Aufl., 252 S., ISBN 978-3-7410-0277-9, DOI 10.5771/9783741001697.
17. Stöss, Richard (2025): Der Niedergang der SPD. Anmerkungen zur neueren Entwicklung der Partei anlässlich der Bundestagswahl 2025. Sozialismus.de, Supplement zu Heft 9/2025. Hamburg: VSA, 64 S., ISBN 978-3-96488-253-0. Online: https://www.sozialismus.de/vorherige_hefte_archiv/supplements/liste/detail/artikel/der-niedergang-der-spd/ (Abruf: 16.08.2026).
18. Süß, Dietmar (2018): „Krise“ als Lebenselixier. Eine kleine Geschichte sozialdemokratischer Sinnsuche. In: perspektiven ds, Bd. 35 (2018), S. 14–18.
19. Süß, Dietmar (2022): Der seltsame Sieg. Das Comeback der SPD und was es für Deutschland bedeutet. München: C.H.Beck, 224 S., ISBN 978-3-406-79318-9, DOI 10.17104/9783406793202.
20. Dostal, Jörg Michael (2025): German Social Democracy: Hollowed Out But Still (Almost Always) in Government. In: The Political Quarterly, Jg. 96, H. 2, S. 270–280. DOI/Online: <https://doi.org/10.1111/1467-923X.13544>.
21. Horn, Alexander / Klüser, Jonathan / Rittershaus, Simon / Haselmayer, Martin (2025): Unequal German Democracy and the Rise of the 'Lifestyle-Left'? How Left Parties in Germany Conceive of (In)Equality, 1970–2021. In: German Politics, S. 29–52. DOI/Online: <https://doi.org/10.1080/09644008.2025.2453242>.

22. Mielke, Gerd / Rose, Fedor (2025): Absturz mit Ansage. Die SPD und die Bundestagswahl 2025. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 2/2025, S. 102–110. DOI/Online: <https://doi.org/10.3262/TUP2502102>.
23. Mielke, Gerd / Ruhose, Fedor (2024): Auf dünnem Eis. Die SPD in Krisenzeiten. Frankfurt am Main/New York: Campus, 243 S., ISBN 978-3-593-51843-5.
24. Schläger, Catrina / Engels, Jan Niklas / Loew, Nicole (2025): Analyse der Bundestagswahl 2025. Eine harte Niederlage mit einer doppelten Herausforderung für die Sozialdemokratie. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Analyse, Planung und Beratung, 28 S., ISBN 978-3-98628-674-3. PDF: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21862-20250226.pdf> (Abruf: 16.08.2026).
25. Mielke, Gerd / Ruhose, Fedor (2025): „Was nun erwartet wird. Kommunikation mit dem gesellschaftlichen Umfeld – Herausforderung für die SPD“. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 72, H. 1–2/2025, S. 20–23.
26. spw (2025a): „Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2025 – Debatten für die spw“. spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 2025.
27. Jobs, A. Thorsten (2025): „Wenn Parteien ihre grundlegenden Ziele festlegen: Zur Funktion und zu dem rechtlichen Rahmen von politischen Grundsatzprogrammen von Parteien“. spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 26.11.2025.
28. spw (2026a): „Work in Progress – Version 03.03.2026“. spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 2026.
29. spw (2026b): „Sozialdemokratie jetzt“. spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 2026.
30. Abou-Chadi, Tarik (2026): Teufelskreis. Wie Parteien der demokratischen Mitte auf radikal rechte Parteien reagieren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2026.
31. Lewandowsky, Marcel / Neuenfeld, Anna-Lisa (2026): Parteien im Stresstest. Empirische Befunde und strategische Überlegungen zum Umgang der Parteien mit dem Rechtspopulismus. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli 2026.
32. Mikfeld, Benjamin (2024): „Neuorientierung der Industriepolitik und die Rolle der Sozialdemokratie. Auf Mission“. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 11/2024, S. 32–36.
33. Mikfeld, Benjamin / Neufeind, Max / Schreiter, Friedemann (2024): „Große Ziele, kleine Schritte? Anspruch und Wirklichkeit demokratischer Transformationspolitik“. In:

Bundeskanzleramt (Hg.): Zwischen Zumutung und Zuversicht. Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. Berlin.

34. Mikfeld, Benjamin (2012): „Transformation, Hegemonie und Diskurs. Aktuelle Denkmuster über Krise, Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft“. In: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 4/2012.

35. Mikfeld, Benjamin / Turowski, Jan (2013): „Blockierte Diskurse – blockierter Wandel? Überlegungen für eine strategieorientierte Diskursanalyse“. In: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 3/2013, S. 16–24.

36. Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin: Suhrkamp, 168 S., ISBN 978-3-518-02989-3.

37. Hövermann, Andreas (2025): Die Verdopplung des AfD-Elektorats. Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025. WSI Study Nr. 42. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 70 S. Online: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009196 (Abruf: 16.08.2026).

38. Spannagel, Dorothee (2025): Mehr Ungleichheit – weniger politische Teilhabe. WSI-Verteilungsbericht 2025. WSI Report Nr. 108. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 20 S.; zugleich in: WSI-Mitteilungen 78 (6/2025), S. 452–460, DOI 10.5771/0342-300X-2025-6-452. Online: <https://www.boeckler.de/de/context.htm?page=wsim%2Fwsim-mitteilungen-mehr-ungleichheit-weniger-politische-teilhabe-73164.htm> (Abruf: 16.08.2026).

39. Dullien, Sebastian / Bauermann, Tom / Herzog-Stein, Alexander / Paetz, Christoph / Rietzler, Katja / Stein, Ulrike / Stephan, Sabine / Tober, Silke / Watzka, Sebastian (2025): Modell Deutschland neu justieren – Nachfrage und Innovationen stärken. Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2025. IMK Report Nr. 194. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 28 S. Online: <https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009025> (Abruf: 16.08.2026). PDF: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-009025/p_imk_report_194_2025.pdf.

40. Dullien, Sebastian / Rietzler, Katja (2024): Die Mär vom ungebremsst wachsenden deutschen Sozialstaat. IMK Kommentar Nr. 11. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 4 S.

41. Janssen, Thilo / Dribbusch, Heiner (2026): WSI-Arbeitskampfbilanz 2025. WSI Report Nr. 114. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 20 S.

42. Mikfeld, Benjamin (2026): Ein neues politisches Modell. Ein ‚progressiver Republikanismus‘ als Antwort auf die Krisen und politischen Blockaden unserer Zeit und als Anregung für neue Grundsätze der SPD. Achtteilige Reihe/Gesamttext, 10.03.2026, 29 S.; für Meinungsführerschaft und gesellschaftliches „Vorfeld“ insb. S.

18–21. Online: <https://benjamin-mikfeld.de/wp-content/uploads/2026/03/Ein-neues-politisches-Modell.pdf> (Abruf: 16.08.2026).

43. Engels, Jan Niklas (2025): „Drei Aufgaben: Wie sich die Partei der Arbeit erneuern kann – und muss“. Das Progressive Zentrum, Die Progressive Lage, 19.06.2025 (aktualisiert 18.02.2026). Online: <https://www.progressives-zentrum.org/wie-sich-die-partei-der-arbeit-erneuern-kann/> (Abruf: 16.08.2026).

44. Miebach, Michael / Schroeder, Wolfgang (2025): „Zur Reform verdammt. Die Sozialdemokratie kann wieder zur progressiven Kraft der Erneuerung werden“. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 4/2025, 01.04.2025. Online: <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/zur-reform-verdammt-4246/> (Abruf: 16.08.2026).

45. SPD (2026): „Grundsatzprogramm. Eine neue Zeit braucht eine neue SPD“. SPD.de, Stand 2026. Online: <https://www.spd.de/grundsatzprogramm> (Abruf: 16.08.2026).

46. Decker, Frank (2026): „Etappen der Parteigeschichte der SPD“. Bundeszentrale für politische Bildung, 16.01.2026. Online: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/spd/42082/etappen-der-partiegeschichte-der-spd/> (Abruf: 16.08.2026).

47. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2026): Beschlüsse des 23. Ordentlichen Bundeskongresses, Berlin, 10.–13.05.2026. Beschlüsse A01, A07, B01–B03, C01 und C03. Online: <https://www.dgb.de/der-dgb/ordentlicher-bundeskongress/> (Abruf: 16.08.2026).

48. Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (2026): „30 Milliarden Euro Defizit pro Jahr: Die kommunalen Haushalte kollabieren fast überall“. Gemeinsame Erklärung von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund, 22.06.2026. Online: <https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2026/30-milliarden-euro-defizit-pro-jahr-die-kommunalen-haushalte-kollabieren-fast-ueberall> (Abruf: 16.08.2026).

49. INSA-CONSULERE (2026): Sonntagsfrage/Meinungstrend. Primärquelle und Methodik: <https://www.insa-consulere.de/>. Archivierter Ergebnissnachweis für den 15.08.2026 (CDU/CSU 20 %, SPD 12 %, AfD 28 %): Wahlrecht.de, <https://www.wahlrecht.de/umfragen/insa.htm> (Abruf: 17.08.2026).

50. Dörre, Klaus (2025): „Volk“ versus Klasse. AfD, Arbeiterschaft und die Gewerkschaften. In: Günter Frankenberg / Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Autoritäre Treiber eines Systemwechsels. Zur Destabilisierung von Institutionen durch die AfD. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 213–242.

51. Dörre, Klaus (2026): Die AfD – keine Arbeiterpartei. In: Sozialismus.de, Heft 5/2026, S. 16–19. Online: <https://www.sozialismus.de/detail/artikel/die-afd-keine-arbeiterpartei/> (Abruf: 17.08.2026).
52. Neu, Viola / Pokorny, Sabine (2025): Wahlanalyse der Bundestagswahl am 23. Februar 2025. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-bundestagswahl-am-23-februar-2025> (Abruf: 17.08.2026).
53. Dörre, Klaus / Liebig, Steffen / Lucht, Kim (2025): Klasse, Klima, Eigentum. Zur Dynamik von Transformationskonflikten in der Autoindustrie. In: Kathrin Leuze / Joachim von Puttkamer / Marion Reiser / Sylka Scholz (Hg.): Eigentumskonflikte. Konzeptionelle und empirische Perspektiven. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 123–154.
54. Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (Hg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial-Verlag; einschlägig hier: Beitrag 3 „Soziale Ungleichheit, Deprivation, sozialräumlicher Kontext und rechtsextreme Einstellung“, S. 101–132, sowie Beitrag 6 „Verwahrloste Demokratie?“, S. 181–206; unterstützt von Heinrich-Böll-Stiftung und Otto Brenner Stiftung. Online: <https://www.boell.de/de/leipziger-autoritarismus-studie> (Abruf: 17.08.2026).
55. Brachert, Matthias / Sand, Matthias / Zissel, Pierre u. a. (2026): Deutschland-Monitor 2025. Wie veränderungsbereit ist Deutschland? Halle (Saale)/Jena/Mannheim: Zentrum für Sozialforschung Halle, Friedrich-Schiller-Universität Jena und GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Online: <https://www.ostbeauftragte.de/ostb/Content/DE/Downloads/Berichte/Deutschland-Monitor/deutschland-monitor-2025.pdf> (Abruf: 17.08.2026).
56. Hannack, Elke (2026): „Wut-Bürger“ und „Groll-Arbeiter“? Die Stimmung in der Arbeiterschaft aus Gewerkschaftsperspektive. In: Die Politische Meinung / Konrad-Adenauer-Stiftung, 28.04.2026. Online: <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/wut-buerger-und-groll-arbeiter> (Abruf: 17.08.2026).

Autor: Dr. Ernst Wolowicz

KI-Erklärung: KI-gestützte Werkzeuge wurden zur sprachlichen und formalen Überarbeitung sowie zur Prüfung auf Redundanzen und Konsistenz eingesetzt. Die inhaltliche Verantwortung für den Text liegt beim Autor.